

# OUT OF DAHLEM

NO. 9

DAS MAGAZIN DES ASTA FU BERLIN

SOMMERSEMESTER 2009

# Raus aus Dahlem!

*Die »Neue Rechte«  
an der FU*

**FREE JAZZ  
UND FREIE BILDUNG**  
Peter Brötzmann über  
»Fürchterlich elitäre  
Musik« und die  
Studierenden-  
bewegung

# Inhalt

- 04** Dieser Iltis ist kein Tier!  
Koloniale Straßennamen auf dem FU-Campus
- 08** Schluss mit lustig  
Zwangsexmatrikulationen am  
Fachbereich Wirtschaftswissenschaft
- 10** Sie haben das Recht zu schweigen  
Berliner Polizei verhinderte studentisches Pressegespräch
- 13** Hochschulpolitische Reihe  
Hochschule im historischen Prozess
- 14** Free Jazz und freie Bildung  
Ein Gespräch mit Peter Brötzmann über »Fürchterlich  
elitäre Musik« und die Studierendenbewegung
- 20** »Ne mutlu, türküm diyene!«  
Lernen und leben in der Türkei
- 26** Willkommen in Deutschland?  
Grenzen dicht für Studierende
- 30** Raus aus Dahlem!  
Die Neue Rechte an der FU
- 34** Vom »Pluriversum der Völker«  
und »Roosevelt'schen Weltherrschaftsplänen«  
Eine Einführung in die obskure Gedankenwelt  
des neu-rechten FU-Dozenten Christian Tilitzki
- 42** Der Präsident denkt, Gott lenkt  
Dieter Lenzen im Fahrwasser des Kreationismus
- 44** Fuck Religion, Fight Authority  
Zur moralischen Erziehung in der Schule
- 46** Schicht im Schacht  
Langzeitstudium im Magister, Diplom und Staatsexamen
- 50** Die Glaslaube  
Ein neues Campushotel soll internationales Flair  
ins Dahlemer Dorf bringen

---

## Impressum

### Herausgegeben vom

AStA FU (Öffentlichkeitsreferat)  
Otto-von-Simson-Str. 23, 14195 Berlin-Dahlem  
Tel. (030) 839091-0 Fax: (030) 8314536  
E-Mail: oeffref@astafu.de

### Redaktion

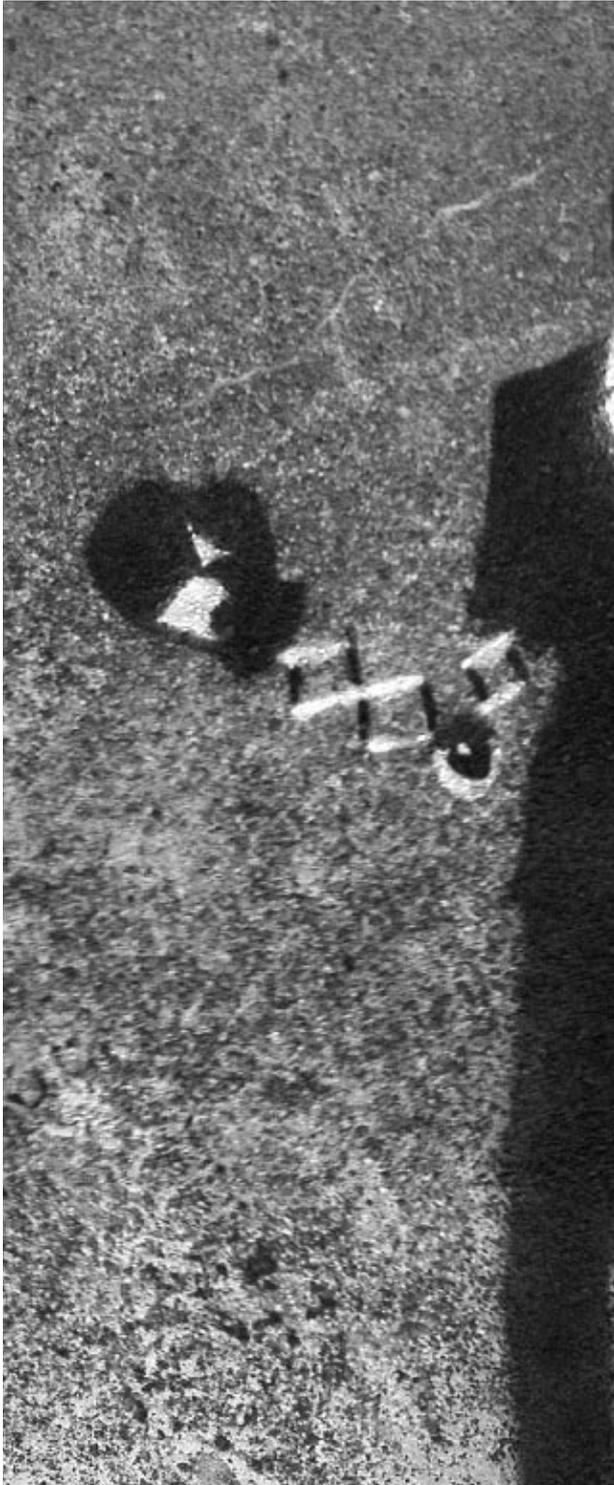
Peter Flüh, Falko Grothe, Harald Herbich,  
Kai Kampmann, Felix Koch, Frauke Liebertz

Layout Kai Kampmann, Felix Koch Titel: Kai Kampmann

Auflage 5000 Exemplare

Belichtung Medienraum RefRat HU

Druck AStA-Druckerei



# Editorial

## OUT OF DAHLEM NO. 9

### REIN UND RAUS

**Verrückte Zeiten:** Während einige Studierende aus der Uni raus sollen, mussten andere in Polizeiwagen rein. Dann durfte eine kolumbianische Studentin gar nicht erst nach Deutschland rein und schließlich forderten mal wieder welche, der FU-Präsident solle aus dem Präsidium raus. Aber der ist immer noch da drin, genauso wie die Studis, die noch in der Uni sind. Die in den Polizeiwagen durften dann allerdings doch wieder raus und unsere Kommilitonin aus Kolumbien ist erstmal wieder nach Spanien rein. Es geht aber noch verrückter: Irgendwelche Leute verhindern jetzt, dass einige Straßenschilder raus- und mit anderen Namen wieder reingerupft werden. Und das alles in Dahlem. Oder so. Inzwischen haben wir den Überblick verloren, wer oder was eigentlich raus aus wo und rein wohin soll.

Um dieser Verwirrung irgendwie zu begegnen, haben wir selbst angefangen, mitzuspielen, indem wir »Raus aus Dahlem!« postulieren, weil die Neue Rechte rein will. Allerdings sind wir uns gar nicht sicher, wo die dann hingehen. Na ja. Vielleicht lohnt sich ja ein schielender Blick auf die Künste, wenn die eigenen Abstraktionsfähigkeiten versagen: Was sangen die Goldenen Zitronen nochmal? Genau: „Wat solln die Nazis raus aus Dütschland? Was hätte das für ein Sinn? Die Nazis können doch net raus, denn hier jehörn se hin.“

Wir fragen uns allerdings, immer noch verwirrt: Gilt das jetzt auch für Dahlem? Wer gehört denn hier hin? Und wer soll hier raus und wer will bleiben oder gehen oder sollte und müsste? Wir kennen uns da jedenfalls nicht mehr aus. Macht aber nix, der Titel ist jetzt schon gedruckt und für den Rest sind ja die Artikel da. Vielleicht klärt sich das dann doch noch.

Lasst euch nicht verwirren!



# Dieser Iltis ist kein Tier

KOLONIALE STRASSENAMEN  
AUF DEM CAMPUS DER FU

*Text: Tobias Becker und Ana-Lena Schwesinger  
Illustration: Lilli*



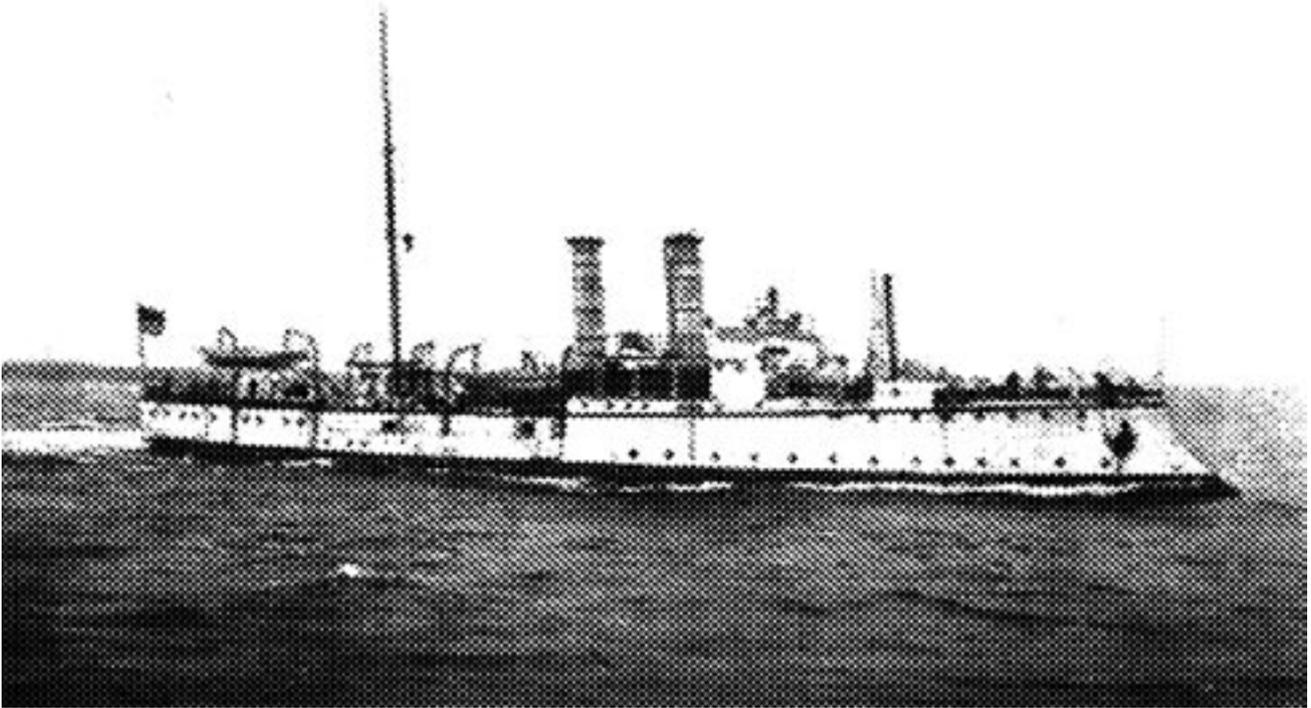
DAS IMMABÜRO DER FU BEFINDET SICH IN DER ILTISSTRASSE, DIESE KREUZT DIE LANSSTRASSE. BEIDES SIND KOLONIALGESCHICHTLICH VORBELASTETE NAMEN. DER NGO-VERBUND »BERLINER ENTWICKLUNGSPOLITISCHE RATSCHLAG« (BER) UND DIE »INITIATIVE SCHWARZER MENSCHEN IN DEUTSCHLAND« FORDERTEN EINE UMBENENNUNG UND STIESSEN AUF HARTNÄCKIGEN WIDERSTAND.

*Ein Teil der von Deutschlands Straßen* ist nach mehr oder weniger berühmten Personen benannt, womit eine zumindest implizite Ehrung der jeweiligen Person einhergeht. Vor allem 1945 und nach 1989/1990 wurden Straßen umbenannt, die auf (vormals) wichtige Personen verwiesen, deren Ehrung der offiziellen Staatsdoktrin nicht mehr angemessen schien. Das gilt anscheinend nicht für Straßennamen mit kolonialen Bezügen. In der deutschen Kolonialgeschichte gab es keine ›Wende‹. Zwar gab es ein von Außen durchgesetztes Ende direkter deutscher Kolonialherrschaft, aber so etwas wie Entkolonialisierung hat es nie gegeben. Diese könnte langsam mal nachgeholt werden und so gibt es seit einiger Zeit unter anderem heftige Diskussionen um die Umbenennung von Straßen, die mit ihrem Namen Kolonialaggressoren verherrlichen oder gleich rassistische Beleidigungen beinhalten.

#### ILTIS, LANS UND TAKU AUF DEM CAMPUS ...

Das Gros der Auseinandersetzung in Berlin findet auf Bezirksebene statt, denn dort wird über Straßennamen entschieden. So auch in Steglitz-Zehlendorf. Hier erinnern vor allem die Iltisstraße, die Lansstraße und die Takustraße, welche sich allesamt auf dem Campus der FU befinden, an die »glorreichen« Zeiten des deutschen Kolonialreiches. Die SMS (Seiner Majestät Schiff) Iltis war ein deutsches Kanonenboot, Wilhelm Lans der zuständige Kapitän. Eingesetzt wurden beide in den Kolonialaggressionen gegen China Anfang des 19. Jahrhunderts. In diesem – in der deutschen Geschichtsschreibung gerne ausgeblendet – Zusammenhang entstand die antikoloniale Widerstandsbewegung der Yihetuan<sup>1</sup>, die für eine Zurückdrängung der imperialen Einflüsse kämpfte. Für

<sup>1</sup> Die Bezeichnung »Boxer« ist eine abwertende Verallgemeinerung und bezieht sich auf eine der ersten Kampfgruppen der antikolonialen Widerstandsbewegung, die sich selbst »in Rechtschaffenheit vereinigte Faustkämpfer« (Yihequan) nannte.



Das Kriegsschiff »SMS Iltis« wurde am 28. September 1914 im Hafen von Tsingtau von der eigenen Besatzung versenkt. Kapitän Wilhelm Lans starb 1947 in Berlin.

diese hatten die Taku-Forts eine zentrale strategische Bedeutung, weil sie den Zugang vom Meer nach Peking sicherten.

Am 17. Juni 1900 griffen Marinetruppen alliierter ausländischer Mächte, darunter das Deutsche Reich, die Forts an. An diesem Angriff war auch die Iltis unter der Führung von Lans beteiligt, bis sie von chinesischen Granaten außer Gefecht gesetzt wurde. Dieser Angriff war der Beginn der blutigen Niederschlagung des Yihetuan-Aufstandes. Besonders von deutscher Seite wurde dieser Kolonialkrieg als grausamer Rachefeldzug geführt, angestachelt von der sogenannten Hunnenrede Wilhelms II. (»Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht!«). Am Ende dieses Gemetzels stand die systematische Plünderung Pekings und die Unterzeichnung der sogenannten »Boxerprotokolle« die neben förmlichen Entschuldigungen für getötete deutsche Gesandte auch exorbitante Reparationszahlungen Chinas an das deutsche Reich regelten, welche bis 1942 (!) liefen.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund wurden die beiden erstgenannten Straßennamen diskutiert. Im November 2008 hatte der BER die zweite Auflage seines »Dossiers über Straßennamen mit Bezügen zum Kolonialismus in Berlin« herausgegeben, in dem es heißt:

*»In besonders eklatanten Fällen, speziell dort, wo die »Kolonialpioniere« für ihre Rolle bei der gewaltsamen Begründung des deutschen Kolonialreichs geehrt werden, sind Umbenennungen (...) unumgänglich. Solche Personen sind als Namenspatrone für Straßen in einem demokratischen Gemeinwesen nicht tragbar, ebenso wenig wie mit rassistischen Begriffen betitelte Straßen.«*

Klingt einleuchtend – ist es aber anscheinend nicht für alle. Ebenfalls im November 2008 lud der BER nämlich zu einer Podiumsdiskussion in Steglitz, um mit den Bezirksfraktionsvorsitzenden von FDP, SPD, Grünen und CDU, sowie der FU-Sinologieprofessorin Mechthild Leutner und dem Kolonialismus- und Straßennamenexperten Joshua Aikins von der Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland, zu der sich über 80 Besucher\_innen einfanden. Um es kurz zu machen: eine Einigung wurde nicht erzielt. Dafür konnten sich die Besucher\_innen ein Bild davon machen, was »Volkes Stimme« so alles von sich gibt, wenn sie, auf deutsche Vergangenheit angesprochen, zürnt.

#### LÖSUNGSVERSUCHE UND BEQUEME GEDANKENLOSIGKEIT

Von einem Abfeiern einer angeblichen deutschen Vormachtsstellung in der Welt (!), was das Aufarbeiten der eigenen Geschichte angeht, bis zu einem: »Wenn ich eine Liebknecht-Straße ertrage, dann doch Lans erst recht« vom netten Herrn der CDU wurde fast alles gegen eine Umbenennung ins Feld geführt, was mensch in Deutschland irgendwie bekannt vorkommt und wunderbar am Thema vorbeigeht. Denn es geht ja nicht darum, wer wem die Schaufel im Sandkasten wegnehmen darf, sondern um das absichtliche Nichtwissen um Kolonialgeschichte und ein (bestenfalls) unreflektierter positiver Bezug darauf, der menschenverachtend ist.

In der sehr hitzigen Diskussion kristallisierte sich auf Seiten der Gegner\_innen einer Umbenennung eine Überlegung heraus, die mensch wohlwollend als Argument werten könnte, nämlich, dass eine Umbenennung einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Wege stünde, weil sie diese einfach ausblende, weshalb von den Gegner\_innen einer Umbenennung durchweg Informationstafeln zum Hintergrund der Straßennamen



Yihetuan, ca. 1900  
National Archives and Records Administration

befürwortet wurden. Das wäre natürlich besser als der gegenwärtige Zustand. Warum eine Informationstafel aber nicht auf ehemalige Straßennamen und die Gründe ihrer Umbenennung verweisen könnte, wussten die Vergangenheitsexpert\_innen nicht schlüssig zu beantworten. Idealerweise bliebe im Falle einer Umbenennung ja der Kolonialismus-Bezug erhalten, aber aus einer anderen Perspektive. So könnten diese Straßen nach Akteur\_innen des antikolonialen Widerstandes benannt werden. Dies würde nicht nur eine Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialvergangenheit anhand von Straßenschildern ermöglichen. Es wäre auch ein symbolischer Bruch mit der deutschen Kolonialvergangenheit und mit der hierzulande immer noch vorherrschenden Perspektive auf die Vergangenheit: die Perspektive der weißen Deutschen, die viel zu oft aus bequemer Gedankenlosigkeit als objektiv und richtig angenommen wird.

Auch am Lankwitzcampus wäre solch eine Auseinandersetzung angebracht: Der Maerckerweg dort wurde 1936 nach Georg Maercker (1865-1924) benannt. Die Ehrung fällt in die Zeit der nationalsozialistischen Aufwertung deutscher »Kolonialkrieger« und war zugleich die öffentliche Rehabilitierung Maerckers, der wegen seiner Verwicklung in den Kapp-Lüttwitz-Putsch 1920 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt worden war. Georg Maercker war Offizier der sogenannten kolonialen »Schutztruppe«, Mitglied der »Wissmantruppe«, die sich 1889/90 am Krieg gegen die Swahili-KüstenbewohnerInnen in »Deutsch-Ostafrika« (heute Tansania, Burundi und Ruanda) beteiligt und als Offizier beim Gouvernement Kiautschou (1898-1902) ebenfalls an der Niederschlagung

des sogenannten »Boxeraufstandes« in China beteiligt. Bis zu seinem Tod im Jahre 1924 wirkte der daraufhin entlassene Generalmajor als Präsident des revanchistischen »Deutschen Kolonialkrieger Bundes«, der damals größten und einflussreichsten Vereinigung ehemaliger deutscher Kolonialisten. Und bis heute ist kein Grund gesehen worden, die Straße umzubenennen.

#### ERFOLGREICHE UMBENENNUNGEN?

Ein Hoffnungsschimmer ist daher aus aktuellem Anlass die Umbenennung des Gröbenufers in May-Ayim-Ufer in Kreuzberg, mit der der BER einen kleinen Durchbruch erzielt hat, der 2008 in Steglitz-Zehlendorf so undenkbar war. Otto Friedrich von der Gröben (1656–1728), der 1895 mit dem Straßennamen geehrt wurde, gilt als »Pionier« des deutschen Kolonialismus. Als Führer einer Marine-Expedition des „Großen Kurfürsten“, der sich am lukrativen Handel mit afrikanischen Menschen beteiligen wollte, gründete von der Gröben die Festung »Großfriedrichsburg« im heutigen Ghana. Die bevorstehende Umbenennung ist ein Beispiel dafür, dass der Prozess keineswegs einer weiteren kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen kolonialen Vergangenheit im Wege steht: Die international bekannte afrodeutsche Dichterin, Pädagogin und Kreuzbergerin May Ayim (1960–1996), die sich gegen den fortbestehenden Rassismus in Deutschland wandte und in der Frauenbewegung aktiv war, machte immer wieder auf die unaufgearbeitete koloniale Vergangenheit aufmerksam und forderte auch Straßenumbenennungen ein.

Dass Umbenennungen aber keineswegs immer positiv wirken, verdeutlicht ein geradezu zynisches Beispiel aus dem Wedding: Die Petersallee wurde 1939 nach dem von den Nationalsozialisten besonders verehrten Carl Peters (1856-1918) benannt. Peters war einer der grausamsten deutschen Kolonialeroberer, der mit Betrug und Gewalt den Afrikanern\_innen in Ostafrika sogenannte »Schutzverträge« aufzwang. Der erste Versuch zur Umbenennung der Petersallee wurde Mitte der achtziger Jahre von der Bezirksverordnetenversammlung quasi vereitelt, alternative Namensvorschläge wie Samuel Maharero wurden abgelehnt. Trotz offizieller Umbenennung erinnert auch heute das Straßenschild noch an den deutschen Kolonialverbrecher, denn um weiterer Kritik zu entgehen, brachte die Stadtverwaltung lediglich unter dem alten Straßenschild kleine Hinweisschilder an, dass sich der Name der Straße nunmehr auf den ehemaligen CDU-Stadtverordneten (1896-1966) Hans Peters bezieht.

Wär das nicht auch was für Dahlem? Iltis jetzt doch lieber ein Tier? Besser wäre es allerdings, dem Umbenennungsvorschlag des BER zu folgen. Wie wäre es denn mit einer Yihetuan-Straße? Die Bewegung bestand neben den männlichen auch aus weiblichen Verbänden, den Hong Deng Zhao (»Roten Laternen«), die von Huang Lien Sheng Mu geführt wurden.

Da hätten wir dann auch gleich den zweiten – auch aus Gender-Perspektive sehr interessanten – Namen.

# Schluss mit lustig.

## ZWANGSEXMATRIKULATION AM FACHBEREICH WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT

Text: Hochschulberatung des AStA FU

**Zwangsexmatrikulation,** der Rauswurf aus dem Studium. Immer wieder droht Studierenden dieses Alptraumszenario, weil sie angeblich »zu lange« studiert haben. Um so wichtiger, dass Studierende ihre Rechte kennen und einfordern, denn oft genug gibt es rechtliche Ungeheimtheiten oder direkt illegale Zwangsexmatrikulationen. Hochproblematisch sind hier zwei am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft übliche Regelungen. Einerseits werden dort bei Zwangsberatungen nach einem vorgegebenen Merkblatt Auflagen erteilt – im Gegensatz zu geltenden Regelungen, die eine persönliche Beratung vorschreiben. Andererseits ist in der alten Diplomstudienordnung immer noch ein Paragraph in Kraft, der Zwangsexmatrikulationen gegen geltendes Recht anordnet.

### ZWANGSBERATUNG NACH SCHEMA F

Zwangsberatungen sind an der FU durch den §13 der »Satzung für Studienangelegenheiten« und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen des Präsidiums, die sogenannten »Richtlinien« geregelt. Die Richtlinien legen fest, wie Beratungen im Detail abzulaufen haben, welche Auflagen dort den Studierenden verordnet werden dürfen und wer für Einsprüche zuständig

ist. Diese Details sind wichtig, denn wenn Langzeitstudierende in der Beratung erteilte Auflagen nicht erfüllen, droht ihnen die Exmatrikulation. Deswegen schreiben die Richtlinien ausdrücklich vor, dass Auflagen in einem persönlichen Beratungsgespräch zu erörtern sind und dass sowohl bei der Erteilung als auch der Überprüfung von Auflagen die »persönlichen Umstände des Studenten oder der Studentin« zu überprüfen sind.

Am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft werden die Auflagen jedoch in krassem Widerspruch zu diesen Rechtsvorschriften in einem Standard-Merkblatt vorgeschrieben. Das auf der Homepage des Fachbereichs einsehbare Merkblatt vom 21. April 2008 schreibt detailliert vor, bei welchem Leistungsstand welche Auflagen erteilt werden. Dort ist weder von persönlichen Umständen die Rede, noch von Hinderungsgründe erwähnt, nicht einmal die Notwendigkeit eines persönlichen Gesprächs wird deutlich. Zudem dehnt das Merkblatt die Zwangsberatungs-Regelung, bisher nur auf die »alten« Studiengänge angewandt, auf den Bachelor aus. Eine Praxis, die so an anderen Fachbereichen der FU nicht üblich ist.

Nicht nur unüblich, sondern nach Einschätzung des AStA direkt rechtswidrig ist vor allem der faktische Wegfall der persönlichen Beratung. Da die Beratung eigentlicher Kern nicht nur des §13 der Satzung für Studienangelegenheiten ist, sondern auch durch die »Richtlinien« eine Berücksichtigung persönlicher Umstände vorge-

geschrieben ist, ist das gegenwärtige Schema-F-Verfahren am FB Wirtschaftswissenschaft rechtlich unhaltbar. Und da eine Zwangsexmatrikulation nur dann rechtskräftig ist, wenn die Universität sich an das geltende Verfahren hält, sind womöglich alle nach diesem Muster erteilten Zwangsberatungen und Zwangsexmatrikulationen rechtlich anfechtbar. Alle betroffenen Studierenden sollten also Rechtsberatung suchen und gegen die Exmatrikulationen vorgehen! Gleichmaßen wichtig ist es, in den Gremien und der Institutsöffentlichkeit Druck aufzubauen, damit das Merkblatt zurückgezogen wird und die Beratungen ergebnisoffen stattfinden können. Schon die Existenz der Zwangsberatungen ist eine Zumutung, diese jedoch durch ein beratungsfreies und quasi automatisches Exmatrikulationsverfahren zu ersetzen ist absolut nicht hinnehmbar und erfordert Widerstand.

#### DER RAUSWURF-PARAGRAPH ASTA UNTERSTÜTZT MUSTERKLAGE

Ein zweites Problem in den auslaufenden Diplom-Studiengängen VWL und BWL ist der hauseigene Zwangsberatungs-Paragraph in der Studienordnung. Dieser §14 Abs. 4 sieht vor, dass alle Studierenden Ende des fünften Semesters zwangsweise für alle ausstehenden Prüfungen im Rahmen des Vordiploms angemeldet werden. Wer diese Klausuren dann nicht besteht, hat das Vordiplom »endgültig nicht bestanden« und ist damit auf Dauer vom Wirtschaftswissenschaftlichen Studium an allen deutschen Hochschulen ausgeschlossen!

Obwohl es hier eine reale Härtefallregelung gibt, ist auch dieser Paragraph rechtlich nicht einwandfrei. Denn er verwehrt Studierenden das Recht auf eine Wiederholung nicht bestandener Prüfungen. Dieses Recht zur

tatsächlichen Wiederholung ist jedoch bereits verfassungsgerichtlich bestätigt worden und kann durch eine einfache Prüfungsordnung nicht abgeändert werden. Der AstA FU unterstützt deshalb zur Zeit eine Musterklage gegen den Zwangsexmatrikulations-Paragraphen und versucht, dessen Rechtswidrigkeit feststellen zu lassen. Deren Ausgang sollte jedoch nicht abgewartet werden. Alle verbliebenen Diplomstudierenden die an dieser Hürde zu scheitern drohen, sollten sich ebenfalls unbedingt Rechtsberatung suchen und eine Klage erwägen, falls die FU auf eine Zwangsexmatrikulation besteht.

#### BERATUNG HILFE WIDERSTAND

Bei Problemen mit Zwangsberatung hilft im AstA die Hochschulberatung, in schwierigen Fällen auch die Rechtsberatung durch eine Anwältin. All diese und weitere Beratungsangebote des AstA sind kostenlos. Zudem gibt es am FB Wirtschaftswissenschaften und auch an anderen Instituten studentische Studienfachberatungen, die ebenfalls Unterstützung anbieten. Seit einiger Zeit gibt es auch einen Leitfaden gegen Zwangsberatung auf der AstA-Homepage. Insbesondere der AstA ist jedoch für seine Arbeit auf Unterstützung durch die Studierenden angewiesen. Um überhaupt auf die Probleme aufmerksam zu werden, braucht es Studierende, die nicht alles schlucken, sondern uns über Mißstände informieren. Um weiteren Druck zu erzeugen ist es zudem notwendig, sich vor Ort zu organisieren und in Fachschaftsinitiativen, in den Gremien oder in anderer Form studentische Forderungen aufzustellen und zu artikulieren. Denn oft läuft es so, dass Studierende nur vereinzelt nach Lösungen suchen, sich individuell »durchwurseln« und dadurch strukturelle Probleme ungelöst oder sogar unbemerkt bleiben, dass wie in den vorliegenden Fällen selbst offen rechtswidrige Praktiken seitens der Universitätsverwaltung einfach durchgezogen werden. Ein Mehr an Solidarität könnte hier Abhilfe schaffen und die Studienbedingungen für alle verbessern.

# Sie haben das Recht zu schweigen.

## WIE DIE BERLINER POLIZEI EIN STUDENTISCHES PRESSEGESPRÄCH ZUM BILDUNGSSTREIK VERHINDERTE

Text und Foto: Björn Kietzmann

*Im Vorfeld des Bildungsstreiks 2009* haben bildungspolitische Infoveranstaltungen wieder Hochkonjunktur. Da viele aktuelle Verschlechterungen im Hochschulbereich auf die europäische Studienstrukturreform, den sogenannten Bologna-Prozess, zurückzuführen sind, finden vielerorts auch Veranstaltungen mit internationalen Referent\_innen statt. So auch in Berlin. Auf Einladung der Antifaschistischen Linken Liste berichteten spanische Studierende Mitte Mai von ihren Kämpfen gegen den Bologna Prozess und für bessere Bildung. Neben den an der Humboldt Universität und der Freien Universität stattgefundenen Informationsveranstaltungen, war auch ein Pressegespräch mit der linken Tageszeitung JUNGE WELT und studentischen Medien geplant. Dieses wurde jedoch mit einem gezielten Großeinsatz der Berliner Polizei verhindert. Eine chronologische Schilderung der Ereignisse.

Freitag, 15. Mai, abends kurz vor acht. Ein kleines Straßen-Café am Kottbusser Tor. Ein angesetztes Pressegespräch zu internationalen Studierendenprotesten konnte noch nicht anfangen, da noch auf Teilnehmer\_innen gewartet wird. Die Lage ist entspannt, einige essen oder trinken etwas. Plötzlich stürmen etwa ein Dutzend behelmte Polizeikräfte heran. Die Tische im Außenbereich des Straßen-Cafés »Backhaus Simitdchi« werden umstellt. Es wird rumgebrüllt. »Hey du da! Lass sofort das telefonieren sein«. Erste Nachfragen, was es denn mit diesem Einsatz auf sich habe, werden nicht beantwortet.

Weitere Polizeikräfte kommen herangeeilt, Polizeifahrzeuge fahren vor. Ein anwesender Journalist zückt seine Kamera und beginnt Fotos von der ungeheuerlichen Situation zu machen. Sekunden später tritt ein Beamter an den Pressefotografen heran. »Wir haben den konkreten Verdacht, dass sie die hier gemachten Fotos veröffentlichen werden. Sollten sie weiter fotografieren

werden wir ihre Kamera beschlagnahmen«. Der Fotograf erklärte, dass er Journalist sei, berief sich auf gesetzliche Regelungen zur Pressefreiheit. Es folgte eine schroffe Antwort des Gesetzeshüters: »Meine Ansage war kein Diskussionsbeitrag«.

Auf die anschließende gestellte Frage nach der Dienstnummer gibt der Beamte an, dafür gerade keine Zeit zu haben. Augenscheinlich deshalb, weil dieser dringend funken muss. Geradezu triumphal schildert er in sein Funkgerät, dass er erfolgreich einem Fotografen gedroht habe, ihm die Kamera abzunehmen.

Inzwischen ist die komplette Straße mit Polizeifahrzeugen zugestellt. Mehr als 100 Polizist\_innen sind vor Ort. Neben Beamten der 21. Berliner Einsatzhundertschaft und der Direktionshundertschaft Kreuzberg-Friedrichshain sind auch Zivilbeamte vom polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamts, konkret von der Sondereinheit »Politisch Motivierte Straßengewalt – links« anwesend. Die erneute Bitte um Erklärung, warum diese Maßnahme stattfindet, wird damit beantwortet, dass das Kottbusser Tor ein Gefahrenschwerpunkt ist und hier andere Regeln gelten. Auch die Frage nach einer\_m verantwortlichen Beamten läuft ins Leere: »Warum wollen Sie die den sprechen? Reden Sie doch mit uns«.

Augenblicke später werden alle Anwesenden einzeln abgeführt und in Polizeifahrzeuge gebracht. Die Personalausweise werden eingesammelt. Taschen werden durchsucht, die Körper abgetastet. Eine Beamtin erklärte nun, dass ja alle genau wissen »warum wir hier sind«, nämlich weil eine nicht angemeldete Demonstration durchgeführt werden sollte. Der Polizeifunk im Fahrzeug verrät, dass in Nebenstraßen weitere Personen aufgegriffen wurden, welche wohl auch so aussahen, als könnten sie



demonstrieren gehen. Nach 80 Minuten erklärt ein Beamter, das nun ein Kollege vom polizeilichen Staatsschutz vorbei kommen wird. »Der sieht Sie jetzt mal an. Wenn er Sie nicht kennt, können Sie wieder gehen«. Weitere zehn Minuten später, also rund eineinhalb Stunden nach Beginn der freiheitsentziehenden Maßnahme, darf die

erste Person das Fahrzeug verlassen. Egal ob Presseausweis oder nicht, es gibt Platzverweise für halb Kreuzberg. »Sie können sich ja beschweren, aber das ändert erstmal nichts daran, dass Sie hier weg müssen«.

## ÖFFENTLICHE KRITIK

Am Tag nach dem Vorfall gab die Berliner Polizei eine Presseerklärung heraus. Darin heißt es, dass eine »nicht angemeldete Versammlung in Kreuzberg aufgelöst« wurde und »Verfahren wegen Verstößen gegen das Versammlungsgesetz« eingeleitet worden seien. Außerdem wird einem Anwesenden, der ein Taschenmesser bei sich trug, vorgeworfen, gegen das Waffengesetz verstoßen zu haben. Weiterreichende Presseanfragen konnten durch die Berliner Polizei erst einmal nicht beantwortet werden.

Am Montag den 18. Mai. berichtete die JUNGE WELT über die Polizeiaktion gegen das Pressegespräch. Im Laufe des Montags veröffentlichte der ASTA FU eine Pressemitteilung, in welcher die »Einschränkung der Pressefreiheit und die Kriminalisierung aktiver Studierender« kritisiert wurde. Die Erklärung der Polizei, sie habe eine nicht angemeldete Versammlung aufgelöst, deutete der Studierendenausschuss als zusätzliche Provokation. »Das geplante Pressegespräch war keine Versammlung im

Sinne des Versammlungsgesetzes. Wo kommen wir hin, wenn wir inzwischen jedes Treffen mit Journalistinnen und Journalisten bei der Polizei anmelden müssen.« Nicht nur der ASTA FU, auch die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di verurteilte den Polizeieinsatz und verfasste Protestbriefe an Berlins Innensenator Ehrhart Körting (SPD) und den Berliner Polizeipräsidenten Dieter Glietsch. In Briefen heißt es »Wir erwarten, dass dieser Vorfall von Ihnen lückenlos aufgeklärt und die Öffentlichkeit über das Ergebnis informiert wird. Eine Entschuldigung Ihrerseits gegenüber den Pressevertretern halten wir für das Mindeste als Journalistenorganisation.« Außerdem erklärte der Innenpolitische Sprecher der Grünen Abgeordnetenhaus Fraktion Benedikt Lux, er werde den Vorfall im Berliner Innenausschuss zur Sprache bringen.

Am Dienstag den 19. Mai berichtet die Tageszeitung NEUES DEUTSCHLAND über den Vorfall und darüber, dass dem Polizeieinsatz ein »Nachspiel im Innenausschuss« folgen

werde. Das Pressteam vom bundesweiten Bildungsstreik Bündnis meldete sich zu Wort. In der Erklärung verurteilte es den »Angriff auf politisch engagierte Studierende und auf die Pressefreiheit aufs Schärfste«. Die Repression gegen das Pressegespräch sei der vorläufige Höhepunkt in einer Reihe von Repressalien gegen die Bildungsprotestbewegungen. An der FU Berlin sei eine studentische Vollversammlung von Zivilpolizisten observiert worden, Münchener Studierende erhielten Anzeigen wegen Blockade einer Kreuzung und in Heidelberg wurde ein studentisches Campusfest von der Polizei beendet.

Auch die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) bezog öffentlich Stellung. ver.di-Landesbezirksleiter Andreas Köhn erklärte in einer Pressemitteilung, dass »die Begründung, es habe sich um eine unangemeldete Versammlung gehandelt, einfach nur absurd ist«. Er forderte deshalb Polizeipräsident Dieter Glietsch auf »umgehend den Vorfall aufzuklären und dienstrechtliche Konsequenzen gegen die Verantwortlichen einzuleiten«.

Dienstag Mittag reagierte die Polizeipressestelle auf die zum Teil seit dem Wochenende vorliegenden Presseanfragen. In der Stellungnahme heißt es: »Anders als behauptet, erfolgte der Einsatz nicht im Café und galt auch nicht einer Pressekonferenz. Gegen 19.30 Uhr wurden in der Adalbertstraße rund 20 Personen festgestellt, die sich im Bereich der Freitreppe am Kottbusser Tor versammelten. Ein Verantwortlicher zu dieser nicht angemeldeten Versammlung konnte auch nach Befragung nicht festgestellt werden«.

In der Mittwochs Ausgabe der taz findet sich das Thema als Aufmacher im Berlinteil wieder. Die linke Tageszeitung warnte ihre Leser\_innen vor dem nicht polizeilich angemeldeten Kaffeeklatsch im »Polizeistaat« Kreuzberg. »Wer sich im Café verabredet, sollte das vorher bei der Polizei anmelden. Ansonsten kann das Treffen als Versammlung aufgelöst werden«. Der innenpolitische Sprecher der SPD, Thomas Kleineidam, kündigte an: »Wenn sich das so abgespielt hat, wie die Studenten berichten, werde ich da noch mal nachhaken«. Grünenpolitiker Benedikt Lux wird in der taz wie folgt zitiert: »Auch über eine radikale Kritik am Bildungssystem muss man sich auf öffentlichem Straßenland unterhalten können«. Neben den Politikern kommt auch der Café-Mitarbeiter Yasin Selcuk zu Wort: »Die haben sich was zu trinken, Tee oder so, gekauft und sich draußen vor den Laden gesetzt«. Einer der Anwesenden habe eine rote Fahne dabeigehabt, sonst sei ihm nichts aufgefallen. Politische Sprüche seien nicht gerufen worden auch Transparente habe er keine gesehen. Auch die Polizeiversion, es habe gar keinen Einsatz im Café gegeben, sondern einen Einsatz unter der Freitreppe gegeben findet im Text Platz.

Direkt daneben ein Foto auf dem behelmte Polizeikräfte die Tische vom des Cafés umstellen.

Die Junge Welt berichtete über die wachsende Kritik an dem Polizeieinsatz. Neben einem Artikel der über die Reaktionen auf die Polizeiaktion berichtet, wird auch ein Interview mit Andreas Köhn abgedruckt. Er kritisiert darin die »massive Behinderung der Meinungs- und Pressefreiheit«. Außerdem können Journalist\_innen, die Mitglied von ver.di sind, »auf unseren Rechtsschutz zurückgreifen. Wir würden in solchen Fällen auch Einzelklagen per Rechtsanwalt unterstützen«, so Köhn.

Die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) verlangt in einem Brief eine Erklärung von Innensenator Körting. »Die GEW Berlin versteht nicht, was dieser massive Polizeieinsatz gegen junge Studierende bewirken soll. Wir sind in Sorge, dass hier kritische Menschen, die sich gegen die Bildungsmisere in ihren Ländern engagieren, eingeschüchtert werden sollen. Ich bin mir sicher, dass Sie wie ich der Meinung sind, dass wir junge Menschen, die gegen offensichtliche Missstände aktiv werden wollen, dringend brauchen. Deshalb sollten sie ermutigt und nicht eingeschüchtert werden«.

In einer am Donnerstag, dem 21. Mai herausgegeben Erklärung verurteilte die Junge GEW Berlin den »rechtswidrigen Einsatz der Berliner Polizei«. Das stattgefunden Pressegespräch unterliege nicht der polizeilichen Anmeldungspflicht. »Darüber hinaus darf allein die Tatsache einer Nichtanmeldung nicht zur Auflösung einer Veranstaltung führen, da die demokratischen Grundrechte der Einzelnen höher zu bewerten sind, wie auch der Berliner Polizei bekannt sein müsste. Oder ist dieser Einsatz gar Symptom für den Zustand des Bildungswesens in Berlin?«, so die Gewerkschaftsorganisation.

Am 25. Mai fand das parlamentarische Nachspiel im Innenausschuss statt. Innensenator Körting und Polizeipräsident Glietsch fanden den Einsatz absolut korrekt. Entrüstet hakte der Grünen-Politiker Lux nach: »22 Menschen sitzen in der Außenanlage eines Cafés und haben eine rote Fahne dabei – das reicht für so einen Einsatz?«. Kritik kam auch von der Linkspartei, deren Innenpolitischer Sprecher Udo Wolf fand das Vorgehen der Polizei »ausgesprochen übertrieben«. Die taz fast die Haltung von Körting und Glietsch am 26. Mai mit folgenden den Worten zusammen: »Keine Selbstkritik, geschweigedenn ein Zeichen des Bedauerns.«

# HOCHSCHULPOLITISCHE BUCHREIHE

Text: Hochschulpolitisches Referat

*In der Hochschulpolitischen Reihe* des AStA der FU Berlin erscheinen seit 1967 Beiträge zur Geschichte, Theorie, Politik und Zukunft von Universität, Wissenschaft, Studierendenschaft und Studium. Anfang des Semesters wurde mit Jens Wernickes »Hochschule im historischen Prozess – Zum Verhältnis von Universitätsentwicklung, Klassengesellschaft und Macht« der 13. Band der Serie herausgegeben.

Dieser widmet sich Fragen, die zugleich historisch wie hochaktuell sind: Was bedeuten »hochschulische Autonomie« und »wissenschaftliche Freiheit« eigentlich? Was implizieren und implizierten diese Begriffe – heute, 1969 und zu Humboldts Zeiten? Welche Reformen wurden im Namen welcher Autonomie und Freiheitsverständnisse initiiert – und welche gesellschaftlichen Interessenlagen widerspiegelten sie? Anhand dieser Fragestellungen analysiert Jens Wernicke aus historischer Makroperspektive die großen Reformen der deutschen Hochschullandschaft vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Das Erkenntnisinteresse des Werkes liegt dabei auf der Verflochtenheit von sozioökonomischer Basis, kultureller Machtverteilung und Hochschulform, die mittels der Bourdieuschen Sozialtheorie zugänglich gemacht wird. Diese analytische (Selbst-)Verortung der Hochschule im gesellschaftlichen Machtgefüge ist heute leider eine selten geübte Disziplin. Dabei muss die Selbstkritik der Forscherinnen und Forscher, welches Wissen sie für wen produzieren, was also die gesellschaftlichen Folgen ihrer Forschungstätigkeiten sind, angesichts immer direkterer Einflussmöglichkeiten Dritter – mittels bspw. Drittmittelfinanzierungen, Beteiligung an Hochschulräten etc. – auf Hochschule, Wissenschaft und Forschung heute dringender denn je thematisiert werden. Die »unternehmerischste Hochschule des Jahres 2006« zu sein, damit



brüstete sich die Freie Universität bereits nach einem Ranking des KARRIERE-Magazins. »Elite-Universität« der Exzellenzinitiative von Bund und Ländern wurde sie 2007. Der »Hochschulmanager« des Jahres sei FU-Präsident Dieter Lenzen, verkündete schließlich die FINANCIAL TIMES DEUTSCHLAND im Jahr 2008.

Für Studierende der FU mag die Lektüre dieses Buches daher von besonderer Bedeutung sein: Der Zusammenhang zwischen ökonomischen Entwicklungen, Zeitgeist und Hochschulgestaltung zeigt sich aktuell an der FU wie an kaum einer anderen Hochschule im Land. Insofern seien die Leserinnen und Leser bei der Lektüre dieses Buches auch und vor allem zur Selbstkontextualisierung ermutigt – mit der Frage Foucaults, die für ihn die Grundlage seines Kritikverständnisses ausmachte: Wer bin ich, zu diesem Zeitpunkt, an diesem Ort?

Der Band ist ab sofort beim AStA für alle Studierenden kostenlos erhältlich. Für externe Bestellungen berechnen wir pro Band EUR 8 zzgl. Versandkosten.

Der Band ist auch auf der AStA FU Homepage als PDF erhältlich. Bestellungen per E-Mail an: [info@astafu.de](mailto:info@astafu.de)

1415

# Free Jazz und freie Bildung

EIN GESPRÄCH MIT PETER BRÖTZMANN ÜBER  
»FÜRCHTERLICH ELITÄRE MUSIK« UND DIE STUDIERENDENBEWEGUNG

Text und Interview: Felix Koch

Fotos: Billy Kenrick



# »Wir saßen immer zwischen allen Stühlen, obwohl wir vom Kopf und vom Bauch zur Bewegung gehörten.«

**PETER BRÖTZMANN** geboren 1941 in Remscheid, zählt zu den Begründer\_innen des Freejazz bzw. der Improvisierten Musik in Europa. Während seines Kunststudiums in Wuppertal kommt er in Kontakt mit der Fluxus-Bewegung und beginnt, sich zunehmend mit Jazzmusik auseinanderzusetzen. Bereits mit 13 Jahren bringt er sich selbst das Spielen auf der Klarinette bei, später kommen dann Saxophon und Tarogato hinzu. Sein erstes Album »For Adolphe Sax« (in Zusammenarbeit mit dem Bassisten Peter Kowald und dem Schlagzeuger Sven-Ake Johansson) wird 1967 veröffentlicht.

Es folgen zahllose Auftritte mit unterschiedlichen Formationen, beispielsweise dem 1966 entstandenen GLOBE UNITY ORCHESTRA, einer frei improvisierenden Bigband. In den 80er Jahren ergeben sich mehr und mehr Kontakte in die USA, aus denen unter anderem LAST EXIT hervorgeht, einer Band, die neben Jazz auch Elemente der Heavymetal- und Noiserock-Musik aufnimmt. Seit den 90ern ist Brötzmann zudem in der Chicagoer Musikszene verankert. Heute spielt und tourt Peter Brötzmann mit seinem Trio, dem PETER BRÖTZMANN CHICAGO TENTETT und anderen Formationen weltweit, jedoch vor allem in den USA und vielen europäischen Ländern. Seine Diskographie umfasst inzwischen mehr als 100 Alben.

Zeitgleich mit den politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in den 60ern und 70ern, die durch die Studierendenbewegung angestoßen wurden, emanzipierte sich die Improvisierte Musik von den teilweise eng gesetzten Grenzen des Jazz und brach radikal mit musikalischen Konventionen. In jenen Jahren spielte Peter Brötzmann mit einer größeren Formation für Berliner Studierende, doch während des Konzertes kam fast zu einer Prügelei. Wieso und warum, wollten *Felix Koch* und *Billy Kenrick* wissen und besuchten Peter Brötzmann in Wuppertal.

Ich habe in einem Interview mit dir gelesen, dass du in den 60er Jahren ein Konzert an der FU in Berlin gegeben hast. Wie kam es dazu?

Wir waren eigentlich in diesen Zeiten – Ende 60er Jahre, Anfang 70er – recht häufig an den Unis und in Westberlin in den Kneipen sowieso. Es gab durchaus ASten, die an neuen Dingen interessiert waren. Wir hatten schon unsere Freunde in der linken Szene und saßen im Endeffekt immer zwischen allen Stühlen, weil wir natürlich eine »fürchterlich elitäre Musik« spielten, obwohl wir vom Kopf und vom Bauch zur Bewegung gehörten.

Aber war das damals eigentlich die FU oder die TU? Das weiß ich jetzt gar nicht mehr, aber es spielt auch keine große Rolle. Ich glaube, es war die FU. Wir waren da mit einer etwas größeren Band – sechs oder sieben Leute – und als wir das Konzert spielten, ging es los mit Geschrei und Gebrüll und endete in Bierdosenwerfen und was weiß der Teufel. Ein paar Leute kamen dann auch auf die Bühne gestürmt und wollten uns hindern, diesen »elitären Scheiß« zu spielen. Wir haben das Konzert zu Ende gebracht, aber das waren schon aggressive Zeiten. Ich erinnere mich auch an andere Situationen, da war ich mit einer sehr großen Band unterwegs und wir sollten in Frankfurt in der Goethe-Universität spielen. Da stand dann eine Riesenmenge und wollte uns überreden, das Konzert nicht zu spielen. Wir haben erstmal lange diskutiert, warum und weshalb und im Endeffekt haben ich ihnen gesagt: Leute, hört euch erst an, was wir tun und dann reden wir hinterher weiter.

Wie war denn die Argumentation der Gegner innen?

Das war »elitäre Musik«. Erstens sollte man an so einem Ort nicht spielen und zweitens war es »fürchterlich elitäre Musik«. Also, die Leute: Wenn sie Jimi Hendrix hörten,

# »Die Berliner Situation endete fast in einer Prügelei.«

dann war's schon viel. Aber sonst Joan Baez und irgendwelche freundlichen Friedensliedchen und irgendwelche Idioten, die auf der Gitarre rumzupften – das war so deren musikalisches Genre. Na ja, da waren wir natürlich fehl am Platze.

Aber auf der anderen Seite war's dann so, dass nach dem Konzert auch kein Gesprächsstoff mehr vorhanden war, weil denen die Argumente ausgegangen sind. Da konnte die Musik schon ein bisschen überzeugen. An anderen Unis – in Freiburg waren wir regelmäßig und in Bonn – war es durchaus willkommen. Aber die Berliner Situation, die endete fast in Prügelei.

## Gab es einen speziellen Anlass für das Konzert oder war das ein Konzert, was vom AStA organisiert worden war?

Das Konzert wurde von einem Teil der AStA-Leute gewollt und wir waren natürlich froh über jede Möglichkeit, überhaupt irgendwo zu spielen. Man musste ganz schön kämpfen, denn es war ja nicht so, dass wir überall Arbeit hatten. Aber auf der anderen Seite war Deutschland – also die Bundesrepublik – damals für diese Musik eigentlich das beste Pflaster im Europa, weil wir ganz gute Redakteure in den Radiostationen sitzen hatten, die noch nicht so sehr auf Karriere und Geld guckten, sondern wirklich was bewegen wollten.

Es gab durchaus lange Gespräche und lange Streitereien. Das vermisse ich heute, das gibt's nirgendwo mehr. Ich fing Mitte der 60er auch an, in Frankreich zu spielen, in Holland sowieso und in England gab es die Connections zu den Londoner Leuten. Der internationale Austausch war wirklich sehr, sehr gut und es war eine ganz fruchtbare Zeit für die Musik. Besonders in Deutschland war die Entwicklung innerhalb der Musik sehr radikal. Ich bin im Krieg geboren und für uns aufwachsende oder junge Männer in den 50er, 60er Jahren war die Jazzmusik oder improvisierte Musik auch ein Teil der Vergangenheitsbewältigung. Wir mussten uns von dem absetzen, was ge-

wesen war. Von unseren Vätern kriegten wir keine Antworten, also mussten wir die Antworten auf die vielen Fragen, die wir hatten, uns selbst besorgen – auch durch unsere eigene Arbeit. Deswegen war das, was für die Engländer vielleicht nur ein ästhetisches Problem war, für uns auch ein wirklich lebenswichtig politisches.

## Wie bist du zur Jazzmusik gekommen? Was war deine Motivation? Ging dieser Wunsch, sich mit der Musik zu befreien, von den gesellschaftlichen Verhältnissen aus, oder kam das über die Kunst, über die Fluxus-Bewegung oder auch über das, was in den USA entstanden ist?

Ich weiß nicht genau, warum ich gerade auf die Jazzmusik gekommen bin, aber ich hab mich schon als Kind ins Wohnzimmer geschlichen und nachts um zwölf – da lief »Die Stimme Amerikas« – eine Stunde Jazzmusik gehört. Der amerikanische Einfluss war sicher wichtig und du musst auch bedenken, was Anfang und Mitte der 60er Jahre in Amerika an politischen Dingen, an Rassenunruhen passierte. Es gab die Riots in Washington D.C., es gab Riots in den Südstaaten, später wurde Martin Luther King erschossen – und er war sicher nicht der einzige –, es gab noch Lynchjustiz in den Südstaaten, es gab getrennte Busrides und all das.

Ich mein, das hat mich auch interessiert, weil es Musik der Underdogs war, gerade aufgrund meiner deutschen Vergangenheit. In der Schule haben sie uns, als wir so 16 waren oder vielleicht sogar früher, den Film über Auschwitz gezeigt: »Nacht und Nebel« von Alain René, die Worte hatte Paul Celan geschrieben.

Oder man beschäftigte sich mit dem Aufstand im Warschauer Ghetto. Ich war von Anfang an damit konfrontiert, auch weil ich ganz früh Connections nach Holland hatte und da durchaus zu vielen jüdischen Freunden in Amsterdam. Deswegen war dann die Musik – viel mehr noch als die Malerei – für mich ein Weg, sich von der ganzen Last und Scham dieser eigenen Vergangenheit

zu befreien. Ich hab in den letzten Jahren öfter in Israel gespielt oder auch im Libanon, gerade der Teil der Welt interessiert mich wirklich sehr. Wenn du in Israel spielst und in den Konzerten Leute in meinem Alter triffst oder ältere, die sehr gut deutsch sprechen und von denen du weißt, woher die kommen und was deren Geschichte sein mag und du trotzdem freundlich aufgenommen wirst, das ist natürlich schon eine äußerst ... na ja. Das geht mir persönlich jedenfalls sehr nah.

In dem Sinne war und ist Musik für mich auch mehr als nur eine formalistische oder ästhetische Ausdrucksweise. Es ist das, was mich bewegt, was mein Leben ausmacht. Das versuch ich auch jüngeren Kollegen oder in Lectures, die ich in den USA mache, noch Jüngeren klarzumachen: Musik ist nicht nur eine schnelle Modegeschichte, was Jazzmusik ja nie war, sondern etwas, was dein Leben ausmacht. Es ist eine Geschichte, die Kontinuität erfordert, die Zeit erfordert, im Endeffekt das ganze Leben erfordert. Das ist übrigens komisch, dass ich das öfter in den Staaten mach als hier in Deutschland, wo scheinbar an Hochschulen absolut kein Interesse daran besteht.

#### Was denkst du, woran könnte das liegen?

Ich weiß es nicht. Universitäten sind nicht unbedingt mein Lieblingssort, also geh ich da nicht freiwillig hin. Aber früher gab's da wenigstens was zu spielen und es gab Leute, mit denen man sich auseinandersetzen konnte. Ich hab ja nun genug Vergleiche nach Skandinavien, in die Staaten, nach Japan, eigentlich weltweit, und ich hab so das Gefühl, dass in Deutschland jeder Auseinandersetzung, jeder Art von Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen wird. Oder kein Mensch interessiert sich mehr. Die Leute sind auch so angestrengt, einen Job zu kriegen oder wenn sie ihn haben, auch zu behalten und schnell zu Geld und Wohlstand zu kommen. Kein Mensch hat mehr Zeit, über was anderes nachzudenken. Das ist natürlich eine weltweite Tendenz.

Aber wenn immer ich in den Staaten toure und auch in die kleineren Städte komme, gibt es dort immer Gruppen von Leuten, mit denen man reden kann, die interessiert sind. Ich bin auch oft in Polen seit den letzten Jahren. Ob das in Poznan oder Krakow oder Gdansk oder wo auch immer ist, es gibt ungemein aufgeschlossene Leute, mit denen man reden kann, die was wissen wollen, mit denen man sich auseinandersetzen kann. Bloß, ich hab das Gefühl, dass Auseinandersetzungen in Deutschland so gut wie nicht mehr stattfinden. Es ist ja nichts Schlechtes, sich zu streiten. Solange es um die Sache geht, ist das ja bestens.

#### Siehst du auch das Musizieren innerhalb der Gruppe als eine Art der Auseinandersetzung?

Ich seh die Gruppen nicht nur als ein Modell, wo Musik zu machen ist, sondern auch als ein kleines Modell einer funktionierenden freien Gesellschaft. Also, ich bin ja auch kein Mensch, der mit dem großen Packen Noten unterm Arm ankommt und sagt: »Jungens, hier, spielt mal schön!« Das, was wir tun, erarbeiten wir zusammen. Und wir verbringen, wenn wir zusammen sind, auch ganz viel Zeit zusammen, so dass man sich mit allen möglichen Dingen auseinandersetzen muss. Das fließt natürlich auch in die Musik.

Das heißt, wenn schon diese große Gesellschaft nicht mehr funktioniert, dann will ich wenigstens versuchen, in meinem kleinen Bereich, in meinem Umfeld und in meiner Arbeit, ein soziales Modell einer freien Gesellschaft zu verwirklichen. Ich denke auch, dass das funktioniert, wenigstens bis zu gewissen Grenzen. Ich meine, im Chicago Tentet sind wir jetzt mit kleinen Auswechselungen seit über zehn Jahre zusammen und das ist für so eine große Band in unseren heutigen Zeiten ohne Subventionen eine ziemliche Leistung. Wir sind auch nur zusammen, weil wir es zusammen machen wollen. Man kommt der Verwirklichung dieser Utopie durchaus

**»Ein kleines  
Modell einer  
funktionierenden  
freien Gesellschaft«**

# »Wozu hast du denn eine Universität, wenn du nicht die Schnauze aufmachen kannst?«

ein bisschen nahe und das ist natürlich das Beste, das Allerbeste an der ganzen Musik.

War das auch die Idee, als du Ende der 60er Jahre mit einigen Kollegen das Label Free Music Production gegründet hast?

Das war damals 'ne praktische Idee. Mir war das damals noch nicht so klar, was ich gerade versucht habe, zu formulieren. Aber es war natürlich im Hintergrund vorhanden. Ich habe das bei meinem Marx-Studium gelernt: Alleine bist du nix. Solidarität ist das Schlüsselwort. Wir müssen uns eine praktische Ausgangsbasis für unsere Produktion schaffen, aber wir müssen auch gemeinsam in die Radiostationen, gemeinsam in die Presse gehen, wir müssen die Dinge gemeinsam machen.

Es dreht sich gar nicht ums Geldverdienen. Geldverdienen ist in diesem Bereich der Kunst sowieso ein Joke. Ich kann jetzt, nach all diesen Jahrzehnten, sagen: Ich kann mir ein Frühstück leisten und mein Leben ist prima, so wie es organisiert ist. Aber das dauert. Das dauert. Und im Vergleich zu anderen Künsten sind wir sowieso die dümmsten und ärmsten Idioten auf der Stufenleiter der Kultur. (lacht) Das ist nun mal so. Das weiß man von Anfang an, aber da muss man sich auch nichts draus machen. Das bringt einen immer wieder ganz gut auf den Teppich.

War das Berliner Konzert in diesem Zusammenhang für dich ein Problem? Auf der einen Seite hattest du die Idee, die Utopie einer freien Gesellschaft in deiner Musik zu verwirklichen und wurdest auf der anderen Seite von den Leuten, die vielleicht die gleichen Ideen hatten, nicht verstanden.

Ich mein, guck, wir waren ziemlich jung und voller Enthusiasmus. Du hast damals ja all die Bücher gelesen und denkst, dass alle an der gleichen Sache arbeiten und dass da Genossen sind. Wenn dann von den Leuten

so eine Reaktion kommt ... na ja. In dem Augenblick, in dem man uns da wirklich ans Leder wollte, haben wir erstmal geguckt, dass die Instrumente nicht beschädigt wurden. Hinterher waren wir etwas desillusioniert, aber 'ne Woche später lachst du drüber. Was soll die Scheiße? Wenn die so doof sind, dann sollen sie mal. Später ist das eigentlich nur eine Fußnote in der ganzen Entwicklung und glücklicherweise hab ich da auch mit meinen Kollegen tatsächlich nur noch drüber gelacht.

Aber es sind natürlich auch viele Leute an dieser Diskrepanz zerbrochen: Dass das, was man sich in jungen Jahren in den Kopf gesetzt hatte, in immer weitere Ferne rückte und durch das alltägliche Leben auch immer mehr aufgefressen wurde. Aber ich bin in dieser Beziehung immer ein ziemlicher Pragmatiker gewesen. Ich hab mich auch nicht in irgendwelche Cliques, Kommunen und Parteien einbinden lassen. Das war mir sowieso immer zuwider. Ich glaube nach wie vor an die humanistische Idee, obwohl man jeden Tag mit dem großen Holzhammer eins auf den Schädel kriegt. (lacht) Aber da muss man durch.

Du hast zu Beginn gesagt, dass es viele Kontakte zu den westdeutschen ASten gab und dort Konzerte organisiert worden sind. In den 70er Jahren wurden ja die ASten in einigen Bundesländern aufgelöst, in Berlin schon 1969. Zudem hatten sie oft das Problem, sich nicht mehr allmeinpolitisch äußern zu dürfen.

Ach! Wo gibts denn sowas? Das wußte ich tatsächlich nicht. Wozu hast du denn eine Universität, wenn du nicht die Schnauze aufmachen kannst?

Hatte denn die Auflösung der ASten damals dazu beigetragen, dass sich die Kontakte zwischen der Musikszene und studentischer Bewegung entfernt haben oder hat sich das schon vorher abgezeichnet?

Irgendwie ging das so automatisch. Das kam und ging dann wieder weg. Ich kann das jetzt überhaupt nicht



festmachen. Ich würde sagen, Mitte der 70er war das vorbei. Das könnte hinkommen, ja. Woran das gelegen hat, darüber haben wir uns eigentlich gar keine großen Gedanken gemacht. Wahrscheinlich, weil wir mit anderem Kram beschäftigt waren. Oder weil wir vielleicht auch gar nicht wussten, was innerhalb der Asten damals passierte und vielleicht gedacht haben: Okay, wenn die nicht mehr wollen, dann sollen sie es lassen.

**Denkst du, dass die Nachfrage nach solcher Musik weniger geworden ist, weil die Idee, mit der Musik eine freie Gesellschaft im Kleinen zu leben und zu erproben, im gesellschaftlichen Kontext nicht mehr präsent ist??**

Ich denke, es ist kaum noch Zeit für politische Statements. Aber ich bin sicher, dass das Statement, was ich auf der Bühne abgebe, heutzutage nicht weniger politisch ist als vor 40 Jahren. Es gibt da das Album »Machine Gun«, das ich 68 gemacht habe. Das war natürlich der richtige Titel, die richtige Besetzung, die richtige Musik zur richtigen Zeit. Bloß, es war gar nicht als politisches Statement in dem Sinne, den der Titel vermittelt, gedacht. Der Titel kam anders zustande: Ich hatte in diesen

Jahren viel mit Don Cherry gespielt und Don Cherry hatte mir den Spitznamen »Machine Gun« gegeben. Als ich dann die Möglichkeit hatte, diese Band so zusammenzubasteln, passte das natürlich. Okay, und natürlich hatte man es auch gerne so politisch verstanden und ich hab es dann erstmal gar nicht korrigiert.

Es war auch so. Es war Vietnamzeit, es war der Teufel los in Deutschland, in Frankreich und es war der Teufel los in den Staaten. Aber ich denke, ich tu heute nix anderes. Bloß, die Botschaft wird anders verstanden oder die Botschaft, die sich damals noch in einer etwas breiteren Front bewegte, bewegt sich heute nur noch zu Einzelpersonen. Weil es diese Front auch nicht mehr gibt. Das ist leider so. Da kann ich nix weiter machen, als das zu versuchen, was ich mein Leben versucht habe: so überzeugende Musik wie möglich zu spielen und ab und zu den einen oder anderen zu erreichen und ja, sagen wir es mal ganz grob, das Bewusstsein zu erweitern, zu verändern. Es sind kleine Schritte, die man macht. Aber immerhin.

**2021**

# » Ne mutlu, türküm diyene! «

## LERNEN UND LEBEN IN DER TÜRKEI

*Text: Hisso Chiya*

*Fotos: Archiv der Kurdistan-AG, Illustration: Kai Kampmann*



*Deniz Gemis bei seiner Verhaftung. Er war einer der drei Studenten, die 1972 hingerichtet wurden.*

STELLT EUCH EIN RIESIGES GEBÄUDE VOR, VOLLER MENSCHEN, MIT GROSSEN GITTERFENSTERN, EINER DREI METER HOHEN MAUER UND AUFSEHER\_INNEN. DIE NATIONALFLAGGE NICHT VERGESSEN. NEIN, DAS IST KEIN GEFÄNGNIS, SONDERN EINE SCHULE.

GENAU – EINE SCHULE UND DIESE MENSCHEN SIND NICHT GEFANGENE, SONDERN SCHÜLER\_INNEN UND DIESE AUFSEHER\_INNEN SIND KEINE GEFÄNGNISAUFSEHER\_INNEN, SONDERN LEHRER\_INNEN.

DIE SCHÜLER\_INNEN WERDEN JEDEN TAG IN DER WOCHE MORGENS FRÜH VON DEN GEHASSTEN WECKERN AUFGEWECKT UND ZIEHEN IHRE WEISSEN HEMDEN UND BLAUEN UNIFORMEN AN. DIE MUTTER BEREITET DAS FRÜHSTÜCK VOR UND STECKT ETWAS ZU ESSEN IN DIE SCHULTASCHE.

OHNE FREUDE GEHEN DIE SCHÜLER\_INNEN ZUR SCHULE. MAN MERKT ES AN IHREN GESICHTERN. JEDEN TAG DASSELBE, WIE ROBOTER, WEIL DER STAAT SIE IRGENDWIE IN EINE FORM PRESSEN WILL: IN ALLEN SCHULEN STEHT MIT GROSSEN BUCHSTABEN GESCHRIEBEN »ES IST EINE FREUDE, TÜRKE ZU SEIN« (NE MUTLU, TÜRKÜM DIYENE!) UND DIE SCHÜLER\_INNEN SPRECHEN ALLMORGENDLICH »UNSEREN EID« (ANDIMIZ). SOLLTE SO – WO AUCH IMMER – EINE SCHULE AUSSEHEN?

*Auszug aus dem »Schulartikel« von Tamer Satir aus einer Studierendenzzeitung aus Ankara*

# Lernen und leben in der Türkei

**Ständig versucht die jeweilige Regierung** ein neues Bildungssystem zu schaffen, denn in der Türkei kommt es auf die Regierung an, und nicht auf die WissenschaftlerInnen. Jede Regierung macht neue Versuche, bis sich einer durchsetzt. Seit zwei Jahren beträgt die Gesamtschulzeit zwölf Jahre. Davor waren es elf. Die Grundschule dauert acht Jahre und ist für alle verpflichtend. Der anschließende, freiwillige Besuch von Gymnasium oder Berufsschule dauert vier Jahre. SchülerInnen werden wie Versuchskaninchen behandelt, wegen des wackligen Bildungssystems wissen sie nicht, wie sie sich auf die Hochschulaufnahmeprüfung (Öğrenci Secme Sinavi, ÖSS) vorbereiten sollen, die dem »Türkischen Hochschulrat« (Yüksek Öğretim Kurulu, YÖK) obliegt.

Der YÖK wurde durch die militärische Regierung nach dem Putsch am 11. September 1980 ins Leben gerufen und ist ein Werk der Armee, mit dem das Bildungssystem stärker kontrolliert werden soll. Im Zuge dessen wurden alle Hochschulen komplett verstaatlicht und ihrer wissenschaftlichen Autonomie beraubt, denn eins der Ziele des YÖK besteht darin, die türkischen Hochschulen zentral zu verwalten: Er ernennt ProfessorInnen für das Präsidium der Hochschulen und bestimmt die Anzahl der Studienplätze und das wissenschaftliche Personal, z.B. DozentInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen. Ebenso gehört die Regelung der Verwaltungsbestimmungen, wie Studien- oder Prüfungsordnungen zu den Aufgaben des YÖK.

Die Hochschulaufnahmeprüfung ist die einzige Möglichkeit, einen Studienplatz zu bekommen. Sie dauert nur drei Stunden und findet zur selben Uhrzeit in der gesamten Türkei statt. Was die SchülerInnen lernen »dürfen«,

wird zentral vom Bildungsministerium bestimmt, was zu zahlreichen Manipulationen führen kann. Doch neben den staatlichen gibt es noch die sogenannten privaten Vorbereitungsschulen (Özel Dershane). Hier müssen die Eltern ein Vermögen bezahlen, um ihr Kind bzw. ihre Kinder zur Schule zusätzlich schicken zu können. Da die staatlichen Schulen nicht genügend Wissen vermitteln und zu wenig Lehrkräfte haben, entsteht bei vielen SchülerInnen das Gefühl, dass sie ohne Vorbereitungsschule keine Chance haben, die Hochschulzugangsprüfungen zu bestehen. Mittlerweile sind die Vorbereitungsschulen ein wichtiger Wirtschaftszweig geworden. Jedes Jahr nehmen ca. 1,3 Millionen SchülerInnen, die in der 12. Klasse sind oder die Schule schon absolviert haben, an der Hochschulaufnahmeprüfung teil. Die Anzahl der SchülerInnen, die dafür eine private Vorbereitungsschule besucht haben, betrug im Schuljahrgang 2007/2008 ungefähr 88 %. Die katastrophale Situation an den staatlichen Schulen, fehlende Lehrkräften, zu kleine Klassenräumen mit Massen von SchülerInnen kann man mit dem Beispiel meiner damaligen Mathematiklehrerin ganz gut verdeutlichen: »Wenn jede/r in der Klasse ein Wort sagen würde, macht das schon 60 Worte, wenn jede/r fünf Worte sagen würde, macht das 300 Worte. Man kann damit ein Märchen schreiben«.

Die Situation an den Hochschulen ist für die Studierenden nicht besser. Da sie irgendwie ihr Studium und die Studiengebühren finanzieren müssen, gehen die meisten vor allem arbeiten – wenn sie denn eine Arbeit finden. Die wenigen Proteste, Kundgebungen und Demos gegen diese Verhältnisse bringen fast nichts. Das Klima an den Universitäten wird einerseits durch »Modernisierung« und Anpassung an die sich neoliberal globalisierende Welt



Gezmiş, Aslan, İnan – hingerichtet  
Hürriyet-Titel vom 8. Mai 1972

bestimmt und andererseits durch Druck von den Eltern und durch unglaubliche Gewalt sowie massive Repression der Polizei. Zudem gibt es viele rechte und faschistische Studierende, die mit Unterstützung von rechten Außenorganisationen versuchen, die Proteste der restlichen Studierenden mit Gewalt zu verhindern. So versuchte im April vergangenen Jahres ein Mann im Hof der Mittelmeer-Universität (Akdeniz Üniversitesi) in Antalya eine studentische Kundgebung zu zerstreuen, indem er mit einer Pistole acht- bis neunmal Mal in die Luft geschossen hat. Zwei Spione des nationalen Nachrichtendienst fotografierten Studierende, die einen Infotisch zum Thema »Schweige nicht, benutze dein Recht zu sprechen!« (Susma, konuşma hakkını kullan!) aufgestellt haben. Als Kommilitonen dies bemerkten, wurde die Polizei gerufen, doch die beiden Spione waren nach zwei Stunden wieder auf freiem Fuß. Dafür wurden die Studierenden angeklagt, die Arbeit der Militärpolizei (Jandarma) behindert zu haben.

Die schärfsten studentischen Bewegungen, die es bis heute in der Türkei gab, fanden Ende der 60er, Anfang der 70er Jahren statt. »Die damaligen Studierenden haben mehr gelesen und mehr gekämpft, als es heute der Fall ist«, sagen die Studierenden über die damalige Zeit. Allerdings haben viele das mit ihren Leben bezahlt. So wurden drei Studierende mit der Bestätigung des damaligen Staatschefs am 6. Mai 1972 hingerichtet und

viele weitere von Spezialeinheiten erschossen. Heutzutage haben Studierende mit einer kritischen Haltung meistens Probleme mit ProfessorInnen, weil diese sie gezielt Prüfungen nicht bestehen lassen. Die von ihnen organisierten studentischen Veranstaltungen werden oft aus seltsamen Gründen verhindert, zum Beispiel, dass der Veranstaltungsraum zu klein sei oder dass sie zu laut seien und dadurch andere stören würden. Das Scheitern eines Widerstands gegen das Bildungssystem liegt jedoch auch an der schlechten Vernetzung der Studierenden. Wegen unterschiedlichen Meinungen kommen die verschiedenen studentischen Gruppen nicht zusammen, um zu versuchen, für ein vernünftiges Bildungssystem zu kämpfen, obwohl sie die gleichen Ziele haben. Dazu kommt, dass eine studentische Selbstverwaltung (wie beispielsweise der AstA an deutschen Hochschulen) nicht existiert.

Die Situation an den Schulen und Hochschulen ist im Osten der Türkei noch weitaus schwieriger. Während Studierende westlicher Hochschulen ihren fehlenden Autoparkplatz problematisieren, beschwerten sich Studierende östlicher Hochschulen über den Mangel an grundlegender Ausstattung: Es gibt viel zu wenig ProfessorInnen und DozentInnen. An vielen dieser benachteiligten Universitäten gibt es kein Computerzentrum und wenn, ist die Technik und Software total veraltet. Nach offiziellen Angaben beträgt die Arbeitslosigkeit in den östlichen Gebieten über 24 %. Weil die türkischen Parteien in diesen Gebieten wenige Stimmen bekommen, wird die kurdische Bevölkerung bestraft, indem keine oder wenige staatliche und private Investitionen getätigt werden (wenn das

# Lernen und leben in der Türkei

überhaupt eine Strafe ist). Dadurch sind die Bildungseinrichtungen hier noch schlechter ausgestattet.

Während im Westen der Türkei durch den Staat Schulen ausgebaut werden, werden in kurdischen Städten neue Moscheen gebaut. In vielen ländlichen Gegenden der kurdischen Gebiete herrschen zudem die Clans und ihre Patriarchen. Feudale Stammesstrukturen, in denen die Familienehre alles und die Frau meist nichts gilt und jedes Mitglied der Familie dem Vater gehorcht. Wenn die SchülerInnen unter solchen Umständen zur Schule gehen müssen, verwundert es nicht, dass sie nicht versuchen wollen, diese Strukturen zu ändern, indem sie ihre Väter überzeugen. Der türkische Staat hat nicht nur gar nichts getan, um durch Bildung und Investitionen diese Strukturen zu durchbrechen, sondern ganz im Gegenteil bis heute versucht, von diesen zu profitieren. So kann beispielsweise die Dorfbevölkerung relativ leicht kontrolliert werden, indem die patriarchalen Machtstrukturen weiter aufrecht erhalten werden: Kauft man den Großgrundbesitzer mit Geld oder mit einem Sitz im Parlament, dann hat man zugleich die gesamte Dorfbevölkerung seiner Gebiete, meistens tausende Stimmen.

Aber es gibt auch viele Studierende und SchülerInnen, die sich gegen die Politik des türkischen Staates und die herrschenden Verhältnisse wehren und für ihre Rechte kämpfen. Sie sind jedoch von der Repression des türkischen Militärs betroffen: Ausgangssperren, Verhaftungen, unglaubliche Gewalt, Überwachung und das »Verschwinden« von Personen sind an der Tagesordnung. So hat ein Polizeibeamter einen 14-jährigen Schüler geschlagen, bis er nicht mehr aufstehen konnte und das am Tag des Kinderfestes, dem 23. April. Der Grund dafür war, dass er und einige Freunde ihre Muttersprache als Fremdsprache im freien Wahlunterricht lernen wollten. Zudem gibt es im Moment Dutzende Gerichtsprozesse gegen SchülerInnen. Die Armee geht auch massiv gegen die kurdische Bevölkerung vor, übrigens unterstützt durch Waffenlieferungen aus Deutschland. Ganze Dörfer müssen verlassen

werden, so dass den Menschen nichts weiter als die Flucht in die westlichen Städte bleibt, wo sie nur die Arbeitslosigkeit erwartet.

Diese Verhältnisse wirken sich natürlich auf die Bildungssituation aus. Vielen Eltern fehlt das Geld, um ihre Kinder ausreichend zu unterstützen. Deswegen gehen einige Kinder zur Arbeit statt zur Schule. Die kurdische Sprache war bis 2003 offiziell verboten. Bis heute findet der gesamte Schulunterricht auf Türkisch statt und nur vereinzelt werden kurdische Sprachkurse angeboten, und zwar von privaten Organisationen. Das macht es kurdischen SchülerInnen schwerer, weil sie nicht in ihrer Muttersprache lernen dürfen.

Ich selbst wusste gar nicht, dass meine Muttersprache verboten war, als ich als sechsjähriges Kind mit der Schule angefangen habe. Deswegen habe ich unter der Gewalt meines Lehrers sehr gelitten. Andererseits hat mich das auch angespornt, der Beste im Türkischunterricht, der Muttersprache meines Lehrers, zu sein: Ich war damals der Erste, der lesen und schreiben konnte. Später, in der 10. Klasse, hat der Schuldirektor mich und einen Freund für eine Woche vom Unterricht ausgeschlossen, weil wir in seiner Gegenwart unsere Muttersprache gesprochen hatten. Auch ältere Menschen haben Probleme, wenn sie Analphabeten sind oder kein Türkisch können und dann Lesen und Schreiben lernen wollen. Menschen, die ihre Muttersprache Kurdisch einfach auf der Straße gesprochen haben, wurden durch die Zivilpolizisten und/oder den Streifendienst in Gewahrsam genommen. Mein Vater hat genau das erlebt; er musste zwei Wochen lang im Gefängnis sitzen, weil er eine schlechte Aussprache im Türkischen hat, da er die Sprache autodidaktisch und mit der Hilfe seiner Kinder gelernt hat. Meiner Meinung nach ist der einzige Wunsch der »türkischen Kurden«, die unter unmenschlichen Umständen in ihrer eigenen Heimat leben müssen, einfach wie Menschen leben zu können.

MENSCHEN WIE MENSCHEN LEBEN LASSEN ZU KÖNNEN, SOLLTE DAS ZIEL EINES JEDEN BILDUNGSSYSTEMS SEIN, EGAL WO.

DIE SCHÜLERINNEN, UNSERE ZUKUNFT, UNSERE EXISTENZ, MÜSSEN NATÜRLICH LERNEN, WIE EINE BLUME BLÜHT, WIE GRAVITATIONSKRAFT FUNKTIONIERT, WIE LEBEWESEN EXISTIEREN, WIE VIELE ELEMENTE ES GIBT, WOHER ENERGIE KOMMT, WIE VIELE JAHRESZEITEN ES GIBT UND WIE SIE ZUSTANDE KOMMEN, SIE MÜSSEN DIE WELT KENNEN, SIE MÜSSEN DIE VIER GRUNDRECHENARTEN DER MATHEMATIK BEHERRSCHEN, SOGAR MÜSSEN SIE EINE FÜNFTE, SECHSTE BERECHNUNG ERFINDEN, SIE MÜSSEN DEM UNENDLICHEN EINE GRENZE ZIEHEN KÖNNEN, SIE MÜSSEN DIE PYTHAGORAEISCHE THEORIE WIDERLEGEN KÖNNEN, SIE MÜSSEN WISSEN, WAS IN DER VERGANGENHEIT DER MENSCHHEIT PASSIERT IST, SIE MÜSSEN SAGEN KÖNNEN, DASS EXISTENTIALISMUS, REALISMUS, KAPITALISMUS UND SO WEITER QUATSCH SIND, SIE MÜSSEN DENKEN, ABER NICHT SEIN.

SIE MÜSSEN GUTE MUSIK MACHEN, SCHÖNER ALS PICASSO MALEN KÖNNEN, SIE MÜSSEN PARIS HÄSSLICH FINDEN KÖNNEN. ABER NICHT SO, ALS OB SIE MASCHINEN SEIEN UND DIES FÜR JEMANDEN TUN WÜRDEN, SONDERN SO, DASS SIE SIE SELBST SIND UND ES FÜR SICH SELBST TUN.

SIE MÜSSEN NICHT DIE SCHÜLER\_INNEN DER ORDNUNG SEIN, SONDERN DIE DER MENSCHHEIT. LIEBE STUDIERENDE, DIE WELT SOLL EUER WERK SEIN, NICHT EIN WERK VON DENEN, DIE DER ORDNUNG DIENEN.

# Willkommen in Deutschland

GRENZEN DICHT FÜR STUDIERENDE

*Text: FSI Geschichte  
Fotos: Lilli*



# AUSSCHLUSSMECHANISMEN FÜR STUDIERENDE ERSTRECKEN SICH AUF VIELE UNTERSCHIEDLICHE BEREICHE. WAS AUSLÄNDISCHE STUDIERENDE IN DEUTSCHLAND VORFINDEN, IST NICHT EIN WISSENSCHAFTLICHES FORSCHUNGSFELD, SONDERN EINE BARRIERE NACH DER ANDEREN. DIE ABGRENZUNG REICHT VOM VISUMSANTRAG ÜBER FLUGHAFENKONTROLLEN BIS HIN ZUR BEWERBUNG AN DER UNIVERSITÄT.

*Ausschlussverfahren sind keine Einzelfälle,* sondern der Alltag nicht-deutscher Studierender. Immer wieder werden sie daran gehindert, sich in Deutschland weiterzubilden und trotz aller EU-Abkommen bleibt eine Unmenge von Studierenden ausgegrenzt: Für die Nicht-EU-Ausländer\_innen wird nichts einfacher. Mit einigen realen Beispielen möchten wir eine Wirklichkeit thematisieren, die normalerweise in der Universität nicht wahrgenommen wird.

## PROBLEME BEI DER EINREISE

Die FSJ Geschichte wollte im Rahmen der beiden für Montag, den 2. Februar 2009, angekündigten Vorträge »State and Conflict in Colombia« und »Different Visions of the Construction of the Venezuelan Nation« die Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit zwei spannenden und politisch hochaktuellen Kapiteln lateinamerikanischer Geschichte bieten. Nicht nur die Thematik an sich machte dabei den Reiz der geplanten Veranstaltung aus, sondern auch die spezifische nicht-europäische Perspektive der beiden Referent\_innen. Doch die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen der Europäischen Union machten den Organisator\_innen einen Strich durch die Rechnung. Maribel Avellaneda Nievas, die Referentin zum Thema Gewalt in Kolumbien, die gemeinsam mit dem zweiten Referenten extra aus Spanien anreisen wollte, wurde direkt am Flughafen Schönefeld festgenommen und nach Spanien »zurückgeschoben«, wie es im Verwaltungsdeutsch heißt.

Die kolumbianische Staatsangehörige, die im spanischen Castellón de la Plata im Masterstudiengang Lateinamerikanische Geschichte eingeschrieben ist, wurde im Rahmen einer stichprobenartigen Überprüfung festgenommen und am einen Tag später nach Spanien zurückgeschoben. Die deutschen Grenzbeamten\_innen hatten ihr Studienvisum nicht für ausreichend erklärt, um in die

BRD einzureisen. Es berechtige sie nur zur einmaligen Einreise in einen Schengen-Staat und dies sei mit der Einreise nach Spanien bereits erfolgt. Sie habe also versucht »illegal« nach Deutschland einzureisen und somit eine Straftat begangen. Deshalb müsse sie die Bundesrepublik umgehend wieder verlassen.

Formaljuristisch mögen die beschriebenen Vorgänge dem offiziellen Einreiseverfahren entsprechen. Die Studentin hatte sich jedoch im Vorfeld bei der kolumbianischen Botschaft in Spanien und den Beamten\_innen der spanischen Grenzpolizei erkundigt, ob sie mit ihrem Visum nach Deutschland reisen kann und stets die Antwort erhalten, dass dies problemlos möglich sei, da auf Grundlage des Schengen-Abkommens keinerlei Kontrollen stattfinden würden und sie sich frei bewegen könne. Als Weiße hätte sie womöglich nicht mit Problemen zu rechnen gehabt. Bei den stichprobenartigen Kontrollen am deutschen Flughafen wurden aber zielgerichtet gerade sie, ihr venezuelanischer Begleiter und ein weiterer Mann mit schwarzer Hautfarbe ausgewählt. Die Beamten\_innen stellten daraufhin fest, dass ihr spezielles Visum trotz gegenteiliger Auskünfte der spanischen Behörden sie nicht zu einer Einreise berechtige. Nach einer Nacht bürokratischer Formalitäten, rassistischer Bemerkungen und ohne eingehende Aufklärung über ihre Rechte wurde sie schließlich am Freitag, dem 30. Januar gezwungen, nach Spanien zurückzufen. Die Kosten für eine solche Ab- bzw. Zurückschiebung sind von den Betroffenen zu zahlen. Nach den dramatischen Ereignissen seiner Ankunft in Deutschland kehrte auch der zweite Referent eiligst nach Spanien zurück.

## RASSISTISCHE AUSLESE DURCH GRENZPOLIZEI

Bereits vor einigen Monaten hatte ein ähnlicher Fall für Aufsehen gesorgt. Damals war brasilianischen Staatsangehörigen, die in Lissabon studierten, bei dem Versuch,

## GRENZEN DICHT FÜR STUDIERENDE: BEWERBEN KOSTET GELD

eine touristische Reise nach Deutschland zu unternehmen, die Einreise verweigert worden. Statt EU-Reisefreiheit im Rahmen des Schengen-Abkommens zu genießen, wurden auch sie »zurückgeschoben«. Das Schengen-Abkommen wird immer wieder als Erfolg der EU gesehen. Reisefreiheit innerhalb Europas ohne Kontrollen wird gelobt und hoch gehalten. Nichts desto trotz ist diese »Freiheit« nur mit Vorsicht zu genießen. Grenzkontrollen laufen jetzt unter dem Namen »Stichproben«: Diese »Stichproben« beruhen jedoch weniger auf einem Zufallsprinzip als auf einer rassistischen Auslese durch die Grenzpolizist\_innen. Seit mehr als 25 Jahren sind die Widersprüche dieses Abkommens zu erkennen: »Am 14. Juni 1985 beschlossen Deutschland, Frankreich und die Beneluxstaaten, ihre Binnengrenzen für den Personenverkehr zu öffnen. Damit war allerdings eine ganze Reihe von Maßnahmen verbunden, mit denen sich die betreffenden Staaten gegen unerwünschte Einwanderer abschotten wollten.«<sup>1</sup> »Unerwünschte Einwander\_innen«: in diesem Fall eine kolumbianische Masterstudentin. Studierende, die unter diese Zufälle fallen, haben, trotz der tollen »Reisefreiheit«, vom Reisen, Lernen und Austauschen nichts.

### STRUKTURELLER RASSISMUS AN HOCHSCHULEN

Diese Ausgrenzung bestimmter Menschen vom Lernen und Reisen über nationale und europäische Grenzen hinweg findet aber auch ganz allgemein, tagtäglich, jenseits des eben geschilderten Beispiels, statt. So macht beispielsweise ein Blick auf das Bewerbungsverfahren für ausländische Studierende an der FU Berlin deutlich, wie struktureller Rassismus in der Praxis aussieht. Menschen die nicht über ein deutsches Abitur verfügen, müssen sich, wollen sie an der FU studieren, über uni-assist bewerben.<sup>2</sup> Auf der uni-assist-Homepage wird die Institution euphorisch als »Arbeits- und Servicestelle für Internationale Studienbewerbungen« beschrieben, welche die

Studierenden »an die Hand nimmt' und ihnen hilft, sich richtig zu bewerben.«<sup>3</sup> Dieser sogenannte Service beschränkt sich auf die Entgegennahme der Bewerbungsunterlagen internationaler Studierender, deren Prüfung auf Vollständigkeit und die letztendliche Weiterleitung an die jeweiligen Universitäten.

Uni-assist ist jedoch kein wohltätiges Projekt; für die großzügige Hilfe muss gezahlt werden. Dabei werden internationale Studienbewerber\_innen wie folgt zur Kasse gebeten: Bewerber\_innen aus der Volksrepublik China mit bereits abgelegter Prüfung an der Akademischen Prüfstelle in Peking bezahlen 25 Euro für die erste Bewerbung, »Europäische Staatsbürger« zahlen 30 Euro, alle anderen Bewerber\_innen 55 Euro müssen für ihre erste Bewerbung auf das Konto von uni-assist überweisen. Für weitere Bewerbungen an anderen Hochschulen muss dann von allen gleichermaßen eine Gebühr von 15 Euro pro zusätzlicher Bewerbung aufgebracht werden.

Befürworter\_innen von uni-assist mögen dies als Erleichterung für potentielle internationale Studierende auffassen, da diese nun den Stapel an geforderten Dokumenten, Übersetzungen und Beglaubigungen nur ein einziges Mal an uni-assist schicken und somit enorme Kosten einsparen. Dem muss jedoch entgegengestellt werden, dass mensch sich momentan nur bei knapp über 100 Univer-

<sup>1</sup> Jungle World: [jungle-world.com/artikel/2005/23/15381](http://jungle-world.com/artikel/2005/23/15381) (17.04.2009)

<sup>2</sup> Alle hier im Zusammenhang mit uni-assist geschilderten Infos sind der uni-assist Homepage zu entnehmen: [www.uni-assist.de](http://www.uni-assist.de)

<sup>3</sup> Diese Aussage ist wortwörtlich so auf der uni-assist Homepage zu finden: [www.uni-assist.de/faq.html](http://www.uni-assist.de/faq.html). Es ist erschreckend wie in diesem Beispiel eine Kleinkind-metaphorik im Bezug auf ausländische Studierende angewandt wird, die stark an eine koloniale Rhetorik der Verkindlichung erinnert.



sitäten und Fachhochschulen, also noch nicht einmal der Hälfte, über uni-assist bewerben muss. So haben Studienbewerber\_innen, die sich beispielsweise gleichzeitig an der FU Berlin und an der TU Dresden bewerben einen noch größeren finanziellen Aufwand als zuvor, da sie alle Dokumente doppelt beglaubigen und übersetzen lassen und zusätzlich noch 55 Euro an uni-assist zahlen müssen. Dies soll jedoch nicht als Aufruf verstanden werden, alle Hochschulen zu uni-assist Hochschulen zu machen. Ganz im Gegenteil, wäre die Bewerbung bei uni-assist für Studierende ohne deutsche Hochschulreife kostenlos, so wie die Bewerbung für Studierende mit deutschem Abitur, könnte uni-assist eine finanzielle Erleichterung darstellen. Solange für den uni-assist-Service jedoch bezahlt werden muss, und das auch noch preislich gestaffelt je nach Herkunftsland, führt uni-assist, gemeinsam mit den teilnehmenden Hochschulen, eine politische Realität auf Hochschulebene fort, die auf strukturell-rassistische Weise bestimmten Menschen bestimmter Herkunft die Einreise durch finanzielle Mittel erschwert. Wer weder aus Deutschland kommt, noch das Elitemuster der FU Berlin bedient oder finanziell gut dasteht (wobei Bildung und sozialer Hintergrund sich stark gegenseitig beeinflussen und meist gemeinsam gedacht werden müssen), scheint keine Bereicherung für den »Internationalen Hochschulstandort Berlin« darzustellen und wird somit strukturell ausgegrenzt.

Ähnlich verhält es sich auch mit Bewerbungsdeadlines für Bachelor- bzw. Masterstudiengänge an der FU Berlin. Was die Bewerbungsdeadlines verdeutlichen ist, dass das Bewerbungsverfahren nach wie vor auf vorzugsweise in Deutschland lebende potentielle Studierende mit deutscher Hochschulreife zugeschnitten ist. Wer nicht innerhalb der EU lebt und für einen längeren Aufenthalt in Deutschland ein Visum braucht, für diese Personen ist der 15. Juli als Bewerbungsfrist und die damit einhergehende Antwort der Universität gegen Mitte August viel zu spät. Sowohl auf den Seiten der Ausländerbehörde

als auch denen der einzelnen Botschaften ist immer wieder nachzulesen, dass Visumsanträge möglichst frühzeitig gestellt werden sollen, da diese Verfahren bis zu drei Monaten oder länger dauern können.<sup>4</sup> Laut FU-Homepage ist dies allerdings gar kein Problem, denn mensch könne schließlich auch ohne Zusage ein Studienbewerbervisum beantragen.<sup>5</sup>

Was völlig vernachlässigt wird ist, dass mensch nicht einfach so ein Visum beantragt, ohne sicher zu sein, überhaupt einen Studienplatz in dem gewünschten Land zu bekommen. Visaanträge sind mit einem enormen Zeit- und Kostenaufwand verbunden und es ist eher eine Zumutung als eine Chance zu erwarten, dass Menschen dies auf sich nehmen, nur um am Ende doch eine Absage zu bekommen. Für die meisten Nicht-EU-Bürger\_innen bedeutet die Bewerbung an einer deutschen Hochschule deshalb immer auch eine Auseinandersetzung mit dem ganzen Sortiment an Einreise und Aufenthaltsbedingungen sowie eine ganze Palette psychischen Stresses und sozialer Ängste.

#### AUSSCHLUSSMECHANISMEN ABSCHAFFEN!

Diese Ausschlussmechanismen dürfen nicht weiter unsichtbar bleiben. Nicht-europäische Studierende sind jeden Tag von diesen Strukturen, Abkommen und willkürlichen Entscheidungen betroffen. Diese rassistischen Mechanismen müssen bekämpft und dürfen nicht ignoriert werden. Was soll das Wort »Frei« in dem Name der Freien Universität heißen? Frei für Wissenschaft oder Frei von nicht-elitären, nicht-EU-ausländischen Studierenden? Mit einem so gut ausgebautem Ausschlussystem wird auf jeden Fall immer wieder die zweite Bedeutung erkennbar gemacht.

4 [www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/WillkommeninD/EinreiseUndAufenthalt/Visabestimmungen.html](http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/WillkommeninD/EinreiseUndAufenthalt/Visabestimmungen.html)

5 [www.fu-berlin.de/studienbewerber/kompass/einreise-aufenthalt/index.html](http://www.fu-berlin.de/studienbewerber/kompass/einreise-aufenthalt/index.html)

# RAUS AUS

## DIE NEUE RECHTE AN DER FU

Text: Kommunikationsreferat des AStA FU

Illustration: Kai Kampmann

*Seit jeher* hat die FU den Ruf, eine Hochburg linken oder linksalternativen Denkens zu sein. Kaum eine\_r denkt daran, dass rechte oder gar rechtsextreme Positionen ebenfalls verbreitet sein könnten. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auch an der FU auf, dass Menschen versuchen, ihre (extrem) rechte Einstellung zu verbreiten. Dies geschieht an der Universität eher nicht mit dumpfen Parolen, Fahنشwenken oder gewalttätigen Übergriffen, sondern meist mit subtileren Mitteln. So wird beispielsweise versucht, öffentliche und akademische Diskurse mit intellektuell verpackten (extrem) rechten Positionen zu beeinflussen, während gleichzeitig auf Distanz zu den »Pöbelnazis« auf der Straße gegangen wird. Anhänger\_innen dieser Positionen werden häufig als »Neue Rechte« bezeichnet. Dieser Artikel erläutert, was unter dem Begriff der »Neuen Rechten« zu verstehen ist und setzt sich dann genauer mit den Protagonist\_innen und Methoden dieser Strömung an der FU auseinander.

### WAS IST DIE »NEUE RECHTE«?

Das »Neue« an der Neuen Rechten lässt sich nur in Teilen an inhaltlichen Differenzen zur »alten« Rechten festmachen. So steht die Neue Rechte – ebenso wie »gewöhnliche« (Neo-) Nazis – für Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie. Unterschiede bestehen allenfalls in der Bewertung des Nationalsozialismus, im Verhältnis zu Israel und in der Einschätzung der Rolle des Christentums als »Ursprung der abendländischen/europäischen Kultur«. So wird eine

# DAHLEM!

Romantisierung der NS-Zeit oder gar eine Rückkehr zu einem »Deutschen Reich« von Teilen der Neuen Rechten abgelehnt. Gleichzeitig wird die nationalsozialistische Diktatur als »Unfall« in der deutschen Geschichte gesehen und mit der »zweiten deutschen Diktatur«, der DDR, gleichgesetzt. Besonders seit dem 11. September 2001 ist zudem eine aggressive Islamfeindlichkeit an die Stelle der Verdammung Israels getreten, während die Neonaziszene in der BRD teilweise dazu übergegangen ist, sich mit dem islamistischen Antisemitismus etwa der Hamas oder der Hisbollah zu identifizieren. Ein weiterer Unterschied, etwa zum Spektrum der rechtsextremen »Freien Kameradschaften«, zeigt sich bei der Bewertung des Christentums. Während die »klassischen« Rechtsextremen das Christentum aufgrund seiner »jüdischen Wurzeln« ablehnen und ein von (angeblich) nordischen Mythen inspiriertes Heidentum propagieren, sieht die Neue Rechte im Christentum die Wurzel der abendländischen Kultur und Philosophie und versucht mit solchen Argumenten, etwa einen EU-Beitritt der Türkei oder den Bau von Moscheen in deutschen Städten zu bekämpfen.

Das eigentlich »Neue« lässt sich dagegen hauptsächlich über die Verpackung und das Auftreten der Neuen Rechten bestimmen. Sie sehen sich als intellektuelle Vorhut der bundesdeutschen Rechten. Ihre Meinungen versucht die Neue Rechte theoretisch zu untermauern. Beliebt ist dabei der Rückgriff auf die antidemokratischen »konservativen Revolutionäre« der Weimarer Republik,

wie beispielsweise Carl Schmitt oder Ernst Jünger. Damit wird versucht eine Verbindung zwischen der extremen Rechten und (rechts-) konservativen Kreisen zu schaffen. Diese Verbindung soll rechtsextreme Positionen in der Gesellschaft mehrheitsfähig machen, indem sie von etablierten Parteien und ihrem Personal aufgegriffen werden.

## DIE NEUE RECHTE AN DER FU

Mit dem elitär-intellektuellen Selbstverständnis der Neuen Rechten ist die Universität für deren Akteur\_innen ein wichtiges Betätigungsfeld. Der Kampf um die kulturelle Hegemonie wird an den Hochschulen als besonders wichtig erachtet, da hier die zukünftigen Eliten der Bundesrepublik ausgebildet werden. Auch an der FU tauchen neurechte Positionen und deren Vertreter\_innen immer wieder an verschiedenen Orten auf.

Eine wichtige Rolle bei der Verbreitung neurechter Meinungen spielen Burschenschaften beziehungsweise Verbindungen. Diese ködern Neumitglieder mit billigen Wohnungen, »Kameradschaftsatmosphäre« und dem Versprechen eines exzellenten Netzwerks aus Alumni für die spätere Karriere (siehe Ausgabe Nr. 8 der OUT OF DAHLEM). Doch Neumitglied kann nicht jede\_r werden: Chancen haben nur heterosexuelle weiße deutsche Männer, die nicht ihren Wehrdienst verweigert haben. Das in Burschenschaften vermittelte Weltbild ist dementsprechend sexistisch, homophob und rassistisch; besonders hervor

tun sich dabei die so genannten »pflichtschlagenden« Verbindungen, d.h. eine Teilnahme an ansonsten freiwilligen Fechtkämpfen ist in diesen vorgeschrieben. Ihr (extrem) rechtes Weltbild versuchen die Burschenschaften unter anderem mit Vortragsabenden zu verbreiten. So wirbt zum Beispiel die Berliner Burschenschaft Gothia auf ihrer Homepage für ihre »Burschenschaftlichen Abende«. An diesen Abenden finden im Sommersemester 2009 Vorträge zu den Themen »Schwarz-Rot-Gold. Die deutschen Farben vor dem Hintergrund ihrer Geschichte«, »Konservatismus am Beginn des 21. Jahrhunderts« und »Erosion der Abgrenzung demokratischer Parteien zum Linksextremismus« statt. Über die »Intellektualisierung« rechten und rechtsextremen Gedankengutes wird versucht dieses an der Uni zu verbreiten. Mehr Informationen, auch darüber welche Burschenschaften/Verbindungen an den Berliner Unis aktiv sind, bieten die Burschenschafts-Reader der TU Berlin<sup>1</sup> und des apabiz<sup>2</sup>.

Seit Anfang 2009 werden zu allem Übel auch kostenlose Leseexemplare der Wochenzeitung »Junge Freiheit« großflächig an verschiedenen Fachbereichen – vor allem am OSI und in der Rost-/Silberlaube – anonym ausgelegt. Mit einer Auflage von knapp 24 000 Exemplaren kann die Junge Freiheit als »Zentralorgan« der Neuen Rechten gesehen werden. Die in Berlin erscheinende »Wochenzeitung für Politik und Kultur« gibt sich als vermeintlich harmlose Zeitung für national denkende, konservative Bürger\_innen und schafft es in dieser Funktion immer wieder, Interviews mit prominenten Persönlichkeiten

aus Politik und Gesellschaft zu führen. Der Verfassungsschutz beobachtete die Zeitung bis 2005 wegen ihrer rechtsextremen Inhalte. Mit einer seriösen Aufmachung, ähnlich der FAZ, und einem intellektuellen Anstrich wird versucht, konservative und rechte Studierende an der FU anzusprechen. Die vertretenen Positionen gehen jedoch weit über »gewöhnlichen« Konservatismus hinaus. Hohen Zulauf erhält die Leser\_innenschaft der Junge Freiheit unter anderem aus Kreisen von Burschenschaften. Auf Fotos der Burschenschaftlichen Abende« auf der Homepage der Burschenschaft Gothia ist ein Aufkleber der »Jungen Freiheit« deutlich sichtbar am Redner\_innen-Pult angebracht.

Ebenfalls seit einiger Zeit tauchen Aufkleber des rechtspopulistischen Blogs »Politically Incorrect« (PI) an der FU auf. Diese richten sich gegen antifaschistisch aktive Menschen (»Antifanten«) und gegen angebliche »Denkverbote« durch Political Correctness. PI ist deutschnational und teilweise extrem islamophob, was sich vor allem in den (von den Betreibern des Blogs geduldeten) Kommentarspalten äußert. Dazu kommt eine krude Mixtur aus fundamental-christlichen Überzeugungen, Anzweifeln des Klimawandels, Ablehnung von »Gutmenschen« und »68ern« und eine auf instrumentalisierender Solidarität mit den USA und Israel bauende Islamfeindlichkeit. Vor allem am Friedrich-Meinecke-Institut für Geschichte wurden viele der Aufkleber gesehen. Es ist wahrscheinlich, dass die Verteiler\_innen der Jungen

1 [www.bpb.de/themen/IPNNZR.html](http://www.bpb.de/themen/IPNNZR.html)

2 [www.gothia.de](http://www.gothia.de)

3 [jpberlin.de/antifa-pankow/antifa-tu/text/burschi\\_reader\\_antifa\\_tu.pdf](http://jpberlin.de/antifa-pankow/antifa-tu/text/burschi_reader_antifa_tu.pdf)

4 [www.apabiz.de/bildung/RefKat/Burschenschaften\\_Studentenverbindungen.pdf](http://www.apabiz.de/bildung/RefKat/Burschenschaften_Studentenverbindungen.pdf)

5 [www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon/jj/junge-freiheit](http://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/lexikon/jj/junge-freiheit)

6 [www.gothia.de/termine.html](http://www.gothia.de/termine.html)

7 [wiki.spline.inf.fu-berlin.de/twiki/bin/view/OSIWiki/ZweiterInstitutstag#AgFuenf](http://wiki.spline.inf.fu-berlin.de/twiki/bin/view/OSIWiki/ZweiterInstitutstag#AgFuenf)

8 Arranca! 37, Oktober 2007, 42-44.

# Neue Rechte Raus aus Dahlem!

Freiheit wie auch die der PI-Aufkleber an der FU zu Burschenschaften oder deren Umfeld gehören.

Auch einige Lehrende an der FU haben sich durch rechte Positionen hervorgetan. Beispielhaft erwähnt seien hier zwei Weiße Gastdozenten des Otto-Suhr-Instituts für Politikwissenschaft, Christian Tilitzki und Ulrich van der Heyden. Van der Heyden geriet im Jahr 2006 in die Kritik, als er mit rassistischen Beleidigungen auf die Vorwürfe von Yonas Endrias, Wissenschaftler und Aktivist der Black Community, reagierte<sup>3</sup>. Dieser hatte van der Heyden für dessen kolonialrassistische Äußerungen und Verharmlosung der Sklaverei kritisiert. Van der Heyden hatte behauptet, dass es den kolonisierten und versklavten Schwarzen am Preußischen Hof besser gegangen wäre, als den damaligen Weißen Arbeiter\_innen<sup>4</sup>. Van der Heyden versuchte ein Seminar seines Kritikers am OSI zu verhindern und begründete dies mit Zweifeln an der »Wissenschaftsfähigkeit« Schwarzer Wissenschaftler\_innen. Christian Tilitzki wiederum bot im Wintersemester 2008/09 ein Seminar zum »Kronjuristen des Dritten

Reiches«, Carl Schmitt, an. Für die Neue Rechte stellt Schmitt als »konservativer Revolutionär« eine zentrale theoretische Bezugsperson dar. Eine weitere Veranstaltung mit demselben Themenschwerpunkt wurde im Sommersemester verhindert. Prof. Bernd Ladwig, zuständig für den Bereich Moderne Politische Theorie am OSI, lehnte das von Tilitzki vorgeschlagene Seminar ab und begründete dies in einem Brief mit den im Seminar vertretenen antisemitischen, revisionistischen und antidemokratischen Ansichten.

Es wäre naiv, anzunehmen, dass die Universität ein Ort emanzipativen Denkens sei und hier für gesellschaftlichen Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Nationalismus usw. keinen Platz bietet. Trotzdem, oder gerade deswegen, können und sollten wir auch etwas gegen diese Einstellungen und die Personen, die sie vertreten, unternehmen. Am wichtigsten ist, nicht wegzusehen oder zu hören. Auch und vor allem nicht in Vorlesungen oder Seminaren, wenn eure Dozent\_innen rechte Ansichten verbreitet. Äußert eure Ablehnung rechter Einstellungen und/oder sprecht andere an und unternimmt gemeinsam etwas dagegen. Mit rechten und rechtsextremen Flyern, Broschüren, Aufklebern und Zeitungen gibt es nur einen sachgemäßen Umgang – ab in den Papierkorb!



*Wenn ihr Information über rechte oder rechtsextreme Umtriebe an der FU habt oder Unterstützung und Beratung für den Umgang mit rassistischen, antisemitischen und nationalistischen Äußerungen und/oder Übergriffen sucht, bietet das Kommunikationsreferat des AStA eine Sprechstunde an: In der Vorlesungszeit jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, von 15.00 bis 16.00 Uhr in der AStA-Villa. Es ist dabei möglich, mit Ansprechpersonen mit verschiedenen Erfahrungen und Hintergründen zu sprechen. Alternativ könnt ihr euch auch (anonym) per E-Mail an [kommunikation@astafu.de](mailto:kommunikation@astafu.de) wenden. Alle Daten und Informationen werden vertraulich behandelt.*

VOM  
»PLURIVERSUM  
DER VÖLKER«  
UND  
»ROOSEVELT'SCHEN  
WELTHERRSCHAFTS-  
PLÄNEN«

EINE EINFÜHRUNG IN DIE OBSKURE GEDANKENWELT  
DES NEU-RECHTEN FU-DOZENTEN CHRISTIAN TILITZKI

*Text: Luca, Milly und Timo*

**Wer im letzten Wintersemester** am Otto-Suhr-Institut (OSI) bei Christian Tilitzki das Proseminar zu dem konservativen Staatsrechtler Carl Schmitt belegte, dem begegnete ein durchaus sympathischer, vielleicht etwas altmodischer älterer Herr mit subtilem intellektuellen Witz. Sitzungen mit Tilitzki sind selten einschläfernd, sein Vortrag ist locker, flüssig, mitunter humorvoll und zeugt von großer Fachkenntnis.

Manch eine Seminarteilnehmerin mag sich bisweilen über die Wahl seiner Beispiele wundern, wenn etwa für die Verfolgung politischer Gegner ausgerechnet die Inhaftierung deutsch-nationaler NSDAP-Mitglieder im Östereich der 30er Jahre unter Dollfuß angeführt wird:

---

---

**»JÄ, CARL SCHMITT DER NAZI. DAS IST  
IMMER DAS ERSTE, WAS MAN HÖRT.«  
MIT DIESEM SATZ UND EINEM LÄ-  
CHELN IST DAS THEMA ERLEDIGT**

---

---

»Die wurden in Lager gesteckt – das waren echte Konzentrationslager«<sup>1</sup>. Stirnrunzeln, hat er das wirklich gerade gesagt? Das kommt so leichtfüßig und mit einem Schmunzeln daher, dass es schwer fällt, dahinter mehr als nur eine Art merkwürdigen Humor zu vermuten. Dieser Humor und Tilitzkis Fachkenntnis jedoch täuschen leicht über eine Strategie hinweg: Was den Seminarteilnehmer\_innen denn zum Staatsrechtler Carl Schmitt einfallen will, Tilitzki in der ersten Sitzung wissen und bekommt auch die gewünschte Antwort: »Ja, Carl Schmitt der Nazi. Das ist immer das erste, was man hört: Carl Schmitt, der Nazi.« Mit diesem Satz und einem Lächeln ist das Thema erledigt. Wer jetzt noch Schmitts

<sup>1</sup> Alle Zitate stammen aus Gedächtnisprotokollen einiger Seminarteilnehmer\_innen

NS-Verstrickung gegen ihn verwendet, kann sich nur lächerlich machen. Seine Rolle als »Kronjurist des Dritten Reiches«<sup>2</sup> gerät damit zu einer kleinen unappetitlichen Fußnote im Schaffen eines großen Denkers.

Und sollte jemand doch Widerspruch anmelden, so zeigt sich Tilitzki gerne nachsichtig: Die von Gewaltmetaphern durchsetzte Sprache bei Carl Schmitt, etwa wenn von Vernichtung des politischen Feindes zur Herstellung von Homogenität die Rede ist? Nichts anderes als ein Grundkonsens an Werten, den der Staatsrechtler da einfordert. Aha.

Die etwas altmodische Art Tilitzkis kommt ihm hier sicher zu Gute: Die Beispiele, die Entschuldigungsgesetzen, die Art, wie er locker über manche schwer verdaulichen Gedanken Schmitts hinweggeht, sie als »Zeitgeist« bagatellisiert, all das erscheint als eine bloße Eigenheit eines leicht anachronistischen Gelehrten. Dass es sich dabei aber kaum um leichtfertig dahergesagte Sprüche, sondern um eine Diskursstrategie handelt, soll in diesem Artikel aufgezeigt werden.

Christian Tilitzki gehört seit 2003 zu den Dozierenden, die nahezu jedes Semester Seminare an der FU anbieten. Das Themenspektrum reicht von »Konservatismus in der Weimarer Republik« (Sommersemester 2003) über Max Weber (Sommersemester 2006) bis zur Kritischen Theorie (Wintersemester 2005/06) und immer wieder gerne mal Carl Schmitt (Sommersemester 2005 und Wintersemester 2008/09). Vereinzelt Diskussionen oder Versuche von Studierenden, die Person Tilitzki im universitären Diskurs kritisch zu beleuchten, hat es verschiedentlich

<sup>2</sup> Waldemar Gurian über Carl Schmitt anlässlich dessen Rechtfertigung der »Röhm-Morde«

gegeben, doch lange ist nichts geschehen. Vor wenigen Wochen jedoch wurde Christian Tilitzki von Seiten der Lehrplanungsordination für die Bereiche Politische Theorie und Ideengeschichte des OSI gebeten, künftig keine Seminare mehr am Institut anzubieten.

Als Grund wird Tilitzkis Doktorarbeit angeführt bzw. die darin vertretenen Tendenzen, die Kriegsschuld Nazi-Deutschlands in Frage zu stellen, dem Rassenswahn der Nazis – speziell dem mörderischen Antisemitismus – einen rationalen Kern zuzubilligen sowie eine durchgängige NS-Apologik, die Nazi-Deutschland zum Verteidiger »völkischen Partikularismus« gegenüber dem aggressiven jüdisch beeinflussten »Roosevelt'schen Universalismus« stilisiert.

---

## TILITZKIS DOKTORARBEIT: FÜR DEN GABENTISCH DES ANTISEMITEN – BERLINER ZEITUNG

---

Das sind gemeinhin Positionen, die der extremen Rechten zugeordnet werden. Hat die Freie Universität nach Bernd Rabehl<sup>3</sup> ein weiteres Mal einem rechtsradikalen Dozenten eine akademische Plattform geboten? Vieles deutet darauf hin. So kommt die Berliner Zeitung bereits 2002 in einer Rezension zu dem Ergebnis, Tilitzkis Doktorarbeit sei in die Kategorie »für den Gabentisch des Antisemiten« einzuordnen, er betreibe eine »nachträgliche Legitimitätsbeschaffung für das NS-Regime, wie sie nach 1945 nicht einmal mehr dem ungewöhnlich selbstkritisch gewordenen Baeumler<sup>4</sup> aus der Feder geflossen ist«. <sup>5</sup> Betreut wurde Tilitzkis Dissertation neben Karl-

3 [www.polwiss.fu-berlin.de/fsi/bernie/index.htm](http://www.polwiss.fu-berlin.de/fsi/bernie/index.htm). Stand aller zitierten Websites: 16. April 2009

4 Alfred Baeumler zählte zu den führenden Philosophen und Pädagogen des NS-Regimes. [de.wikipedia.org/wiki/Alfred\\_Baeumler](http://de.wikipedia.org/wiki/Alfred_Baeumler)

5 [www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2002/0527/sachbuch/0194/index.html](http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/2002/0527/sachbuch/0194/index.html)

fried Gründer übrigens von Ernst Nolte – der 1986 mit revisionistischen Thesen den »Historikerstreit«<sup>6</sup> lostrat.

Anlass genug, sich mit der Frage zu beschäftigen: Wer also ist Christian Tilitzki? Und warum ist es angebracht und notwendig, dafür einzutreten, dass dieser an der FU kein Podium geboten bekommt? Klar ist, Christian Tilitzki lässt sich keinesfalls in das gern bemühte Klischee eines Rechtsradikalen einordnen, der seine Gesinnung offen zur Schau trägt. Er passt gerade nicht in das Bild, das Leuten vorschwebt, die allen Ernstes »Mehr Bildung für Nazis« fordern. Denn diese übersehen allzu oft das eher gutbürgerliche Milieu der um Intellektualisierung bemühten Neuen Rechten, die, dezent im Auftreten, in der Sache jedoch keineswegs hinter der NPD-Funktionärin oder dem Thor-Steinar-Nazi zurückstehen, sondern im Gegenteil diese mit Argumenten befeuern. Zum Kreis dieser Rechtsintellektuellen zählt auch Christian Tilitzki, wie ein erster Blick in die höchst überschaubare Liste seiner Veröffentlichungen beweist.

Neben sporadischen Gastbeiträgen im »Ostpreußenblatt« (Hauspostille der »Landmannschaft Ostpreußen«), in dem auch die Elaborate von Geschichtsrevisionisten oder Holocaustleugnern vom Schlage eines David Irving mit lobenden Worten bedacht werden - findet sich eine weitere Publikation zum »Alltag in Ostpreußen 1940-1945« mit dem raunenden Untertitel: »Die geheimen Lageberichte der Königsberger Justiz«. Der Buchumschlag verheißt den Blick in eine »vielschichtige Lebenswelt, wie sie bislang aus der isolierten Perspektive von Trauer und Sehnsucht nicht wahrgenommen werden konnte«. Den Titel zierte ein Führerphoto in schmissiger Geste im Kreise strammer NS-Offiziere.

In wissenschaftlicher Hinsicht ist Tilitzki einzig durch seine erwähnte voluminöse Dissertation zur »Deutschen Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich« in Erscheinung getreten. Genau dieser knapp 1400 Seiten starke Wälzer hat es allerdings

<sup>6</sup> In einem FAZ-Artikel vom 6. Juni 1986 bezeichnete Nolte den Archipel Gulag als »logisches und faktisches Prius« vor Auschwitz: Dem »Rassenmord« der Nationalsozialisten sei demnach der »Klassenmord« der Bolschewiki, den er als »asiatische Tat« klassifizierte, vorausgegangen, so dass der Holocaust lediglich eine »überschießende Reaktion« darstelle, die immerhin einen »rationalen Kern« besaß. Damit lieferte Nolte der Neuen Rechten ein Stichwort, eine Täter-Opfer-Umkehr zu betreiben. Seitdem ist Nolte stetig nach rechts abgedriftet und machte 1998 noch einmal von sich reden, als er in Zuspitzung seiner früheren Thesen auch die Tätigkeit sowjetischer Partisanen als mitauslösenden Faktor für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden nannte, was allgemein als wissenschaftlicher Niedergang Noltens gewertet wurde.

Vor nicht allzu langer Zeit gratulierte Nolte Martin Hohmann zu dessen antisemitischer Rede, die Hohmanns Ausschluss aus der CDU zur Folge hatte und feierte ihn als tapferen Streiter für Meinungsfreiheit.

in sich. Liefert Tilitzki darin vordergründig ein Kompendium der deutschen Universitätsphilosophie 1919-45 samt Institutionengeschichte und penibel aufgelisteten Berufungsentscheidungen, erschließt sich die eigentliche Intention und Zielrichtung des Autors erst im Subtext: In den gerne in Fußnoten ausführlich zu Wort kommenden revisionistischen und antisemitischen Autoren, in den Polemiken wider den vermeintlich »um-

---

## IN TILITZKIS VORGEHENSWEISE ABER FINDEN SICH MERKMALE JENES INTELLEKTUELLEN ANTISEMITISMUS – THOMAS MEYER. DIE ZEIT

---

erzogenen Zeitgeist« und »philosemitische Rücksichtnahme«, den Kommentaren Tilitzkis, der sich freimütig »revisionistischer« Absichten bekennt<sup>7</sup>. Insbesondere aber in seiner Bewertung der »politischen Lager« innerhalb der zeitgenössischen philosophiegeschichtlichen Strömungen 1919-1945, die durch affirmative Wiedergabe der völkisch-nationalen Autoren eine geistige Komplizenschaft mehr als nur erahnen lassen. Zu diesem Ergebnis gelangt auch Thomas Meyer, Rezensent der ZEIT, der konstatiert: »Es bedarf in diesen Wochen einer besonderen Vorsicht, den Vorwurf des Antisemitismus zu erheben. In Tilitzkis Vorgehensweise aber finden sich Merkmale jenes intellektuellen Antisemitismus [...] Daher muss die Kritik an seiner Methode und seiner Interpretation ansetzen und folglich müssen die zahllosen Ungeheuerlichkeiten, die sich vornehmlich in Fußnoten finden, als Teil der Textstrategie verstanden werden.«<sup>8</sup> Gleich einem roten Faden ziehen sich die eingangs genannten ideologischen Versatzstücke, welche von Autoren der Neuen Rechten mit dem Ziel der Relativierung bzw. Rehabilitierung des NS-Regimes in den letzten Jahren in Stellung gebracht wurden, durch Tilitzkis Arbeit.

7 »Wer hier ein historisiertes Geschichtsverhältnis [...] anstrebt, [...] muss [...] auf dem Sektor politisch engagierter Philosophie, dort wo die Philosophie als »Repräsentant oder Opponent« des »Zeitgeistes« aufs engste mit politischem Tagesgeschehen verklammert ist, vielfach revisionistische Bereitschaft zeigen, um die Quellen auch gegen ideologisch durchgesetzte zeitgeschichtliche Auffassungen [...] zu interpretieren.« In: Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Akademie-Verlag, Berlin 2002, S. 17  
8 [www.zeit.de/2002/24/200224\\_st-tilitzki\\_xml](http://www.zeit.de/2002/24/200224_st-tilitzki_xml)

Schon die Einleitung der Dissertation macht stutzig und lässt eine Vorahnung der geistigen Provenienz des Autors aufkommen: Ausgerechnet dem Sicherheitsdienst des Nazi-Regimes (SD)<sup>9</sup> attestiert Tilitzki – ausgehend von einem SD-Bericht aus dem Jahr 1942 – profundere Kenntnisse und differenziertere Analysen der politischen Ausrichtung der damaligen Universitätslandschaft als alle wissenschaftlichen Untersuchungen nach 1945. Ihnen unterstellt er eine »von aktuellen weltanschaulichen Bedürfnissen« gespeiste »ideologisierte Retrospektive«,<sup>10</sup> die Autor\_innen seien vom Wunsch beseelt »antifaschistischen Widerstand womöglich nachträglich leisten zu können.«<sup>11</sup>

Die kritische Aufarbeitung der Nazi-Verbrechen und ihrer Vorgeschichte im Nachkriegsdeutschland versteht Tilitzki als »Experiment der Auferlegung einer politischen Kultur«, das in der Konsequenz eines gegen [sic!] das Deutsche Reich geführten Weltanschauungskrieges [der Alliierten] lag und das nicht weniger zum Ziel hatte, als die gesamte Tradition auszulöschen, auf der die deutsche Nation errichtet war [!]. Diese Änderung des deutschen Volkscharakters durch eine Änderung des »kulturellen Klimas« zu bewirken, war in [...] unmittelbarer Nachkriegszeit Aufgabe angelsächsischer Umerziehungsplaner, ging dann aber in deutsche Hände über, wobei Zeithistorikern und der frisch inaugurierten »Demokratiewissenschaft« eine Führungsrolle zufiel.<sup>12</sup> Revisionistische Betätigungsfelder, um das Geschichtsbild der alliierten »reeducation« wieder in rechtes Licht zu rücken, gibt es also zuhauf: »Das gilt auch für ein so brisantes Thema wie den jüdischen Anteil an bolschewistischer Herrschaftspraxis«<sup>13</sup>, denn Tilitzki offenbar näher beleuchtet wissen möchte.

Selbstredend darf dann auch ein Hinweis nicht fehlen, dass nicht der deutsche Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg ausgelöst habe, sondern dieser womöglich seitens der Alliierten von langer Hand geplant gewesen sei: »Den Anteil Roosevelts oder den des US-Rüstungskapitals an der Vorgeschichte des II. Weltkrieges zu er-

9 Als Geheimdienst der SS unter Heinrich Himmler gegründet, war der SD als Teil des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates durch seine »Einsatzgruppen« maßgeblich am Holocaust beteiligt und wurde im Rahmen der Nürnberger Prozesse als verbrecherische Organisation eingestuft

10 Die deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Berlin, S. 18. 2002.

11 Ebd. S. 20

12 Ebd., S. 22, Tilitzki schließt sich der Argumentation des neurechten Autors und Verlegers Schrenck-Notzing an.

13 Tilitzki, a.a.O., S. 23



Die SA als Trachtengruppe? Christian Tiltzki's Bücher »Die Deutsche Universitätsphilosophie in der Weimarer Republik und im Dritten Reich« und »Alltag in Ostpreußen«.



forschen, dies könnte die politische Festschreibung der deutschen ›Alleinschuld‹ erodieren lassen.«<sup>14</sup> Ebenso bezieht sich Tiltzki – wie vor ihm schon sein Hochschullehrer Nolte – positiv auf die von Rechtsextremen gern vertretene These einer »jüdischen Kriegserklärung«<sup>15</sup> an das Deutsche Reich, welche die forcierte Judenverfolgung erst heraufbeschworen habe<sup>16</sup> und ihr somit den Charakter einer bloßen Reaktion verleihen soll – freilich mit mörderischen Konsequenzen.

Im Kapitel »Anti-Universalismus und ›Judenfrage‹« wähnt sich Tiltzki einer »unumschränkten Herrschaft«

---

## GANZ ALS SEI ES DEN NAZIS NUR UM DIE BEIBEHALTUNG LOKALER BRÄUCHE IN ZEITEN DER GLOBALISIERUNG DER LEBENS- ENTWÜRFE UND -STILE GEGANGEN

---

schwarz-weiß-malender Moralisten<sup>17</sup> gegenüber, gegen die es anzuhängen gilt. Zustimmung zitiert Tiltzki den neu-rechten Bonner Politikwissenschaftler Hans-Helmuth Knütter, lässt ihn vom Druck einer »peinlich-sentimentalen Gemeinsamkeits- und Brüderlichkeitsideologie« [zwischen Deutschen und Juden] schwafeln, die der wissenschaftlichen Neugier wenig Raum ließe. Was mit wissenschaftlicher Neugier gemeint ist, wird auf der nächsten Seite klar: »Den Ursprung des Antisemitismus in echten gesellschaftlichen Konflikten« zu suchen, »was verbiete, Juden im historischen Prozess nur als passive Opfer zu sehen«<sup>18</sup> (also zumindest als aktive Opfer oder gar als Täter?). Tiltzki pflichtet Knütter bei, wenn dieser das antisemitische Stereotyp vom »jüdischen Anteil am politisch höchst relevanten Handels- und Finanzkapital« aufgreift oder genüsslich einen Katalog »charakteristisch jüdischer Eigenschaften« aufstellt.<sup>19</sup> Der von

<sup>14</sup> Willms 1990, zit. nach Tiltzki, a.a.O., S. 237f.

<sup>15</sup> [www.h-ref.de/feindbilder/juedische-kriegserklaerungen/](http://www.h-ref.de/feindbilder/juedische-kriegserklaerungen/)

<sup>16</sup> So fabuliert Tiltzki von einer »überraschend massiven Feinderklärung, die [...] in einem angesehenen Organ des jüdischen Establishments in den USA erschien.« A.a.O., S. 1066.

<sup>17</sup> Ebd. S. 506

<sup>18</sup> Ebd. S. 506/507.

<sup>19</sup> Ebd. S. 507.

Tiltzki bemühte Knütter indes scheut auch den Kontakt zu militanten Neonazis nicht, ermutigte diese beispielsweise in einem Vortrag, sich »an Saalschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen.«<sup>20</sup> Auch bedient sich Tiltzki der in antisemitischen Kreisen beliebten Methode, seine Argumentation durch jüdische Selbstzeugnisse zu bekräftigen<sup>21</sup>, als würde diese Absicherung mittels »jüdischer Kronzeug\_innen« nichts über den bewusst selektiven Charakter solcher Zitatauswahl besagen.

In die Nähe der offenen Rechtfertigung und geradezu ungeheuren Verharmlosung des NS-Regimes und seiner menschenverachtenden Ideologie gerät Tiltzki, wenn er von der »Entdeckung des rationalen Kerns [!] der NS-Weltanschauung« schreibt und sich Ernst Nolte anschließt, der diese »auf den Gegensatz von Partikularität und Universalität festlegt.«<sup>22</sup> Ganz als sei es den Nazis etwa um die Beibehaltung lokaler Bräuche in Zeiten der Globalisierung der Lebensentwürfe und -stile gegangen. Der Philosophiehistoriker Kurt Flasch kann sich angesichts Tiltzkis apologetischen Furors in der FAZ nur noch die Frage stellen, »ob denn die SA nur eine Trachtengruppe gewesen sei?«<sup>23</sup> Dass die NS-Weltanschauung für Millionen Menschen einzig Zwangsarbeit oder gar Vernichtung vorsah, wird von Tiltzki selbstredend übergangen, als ob nicht das den »Kern« der Ideologie träge, deren Rationalität eben eine mörderische war.

Tiltzki liegt offenbar viel daran, den Nationalsozialismus wiederholt zum »Verteidiger der Partikularität [!] [...], des Pluriversums der Völker und Kulturen [!], das gegen amerikanische und sowjetische Entwürfe der ›Weltzivilisationsstand‹, zu erklären und versteigt sich zu der raunenden Bemerkung: »Was den Amerikanismus betrifft, so sollte nachdenklich stimmen, dass es Roosevelt und nicht Hitler war, der über ein schlüssiges Konzept zur Erringung der ›Weltherrschaft‹ [!] verfügte, nämlich über die [...] Globalvision der Menschheit in einer Gesellschaft.«<sup>24</sup>

In der Tat verfügte die US-Regierung unter Roosevelt über eine Globalvision, wie ein künftiges, friedliches Zusammenleben der Menschen nach Beseitigung der faschisti-

<sup>20</sup> Panorama vom 6. Juni 2002. »Diese jüngeren Leute werden sich, wie jüngere das tun können, mit persönlichem, mit körperlichem Einsatz für die Durchsetzung der politischen Ziele einsetzen, und das ist gut, das ist hervorragend. Die Älteren können aber auch etwas tun. Man wird auch den hier Anwesenden aufgrund des Alters wohl kaum zumuten können, sich an Saalschlachten und Straßenkämpfen zu beteiligen. Aber was sie tun können, ist natürlich: Geld sammeln, Aktionen ermöglichen.«

[daserste.ndr.de/panorama/archiv/2002/erste7884.html](http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2002/erste7884.html)  
video: <http://daserste.ndr.de/panorama/media/cdu100.html>

<sup>21</sup> Ebd. S. 23 Margolina, Hurwicz

<sup>22</sup> Ebd. S. 29

<sup>23</sup> [www.faz.net/s/RubF3CE08B362D244869BE7984590CB6AC1/Doc~E80E3EFACDCF242F9AB3C6BE18D690761~ATpl~Ecommon~Scontent.html](http://www.faz.net/s/RubF3CE08B362D244869BE7984590CB6AC1/Doc~E80E3EFACDCF242F9AB3C6BE18D690761~ATpl~Ecommon~Scontent.html)

<sup>24</sup> Ebd. S. 29

schen Bedrohung gestaltet werden könnte. Sie findet sich u.a. in Roosevelts Rede von den vier Freiheiten<sup>25</sup>, sie ist niedergelegt in der Atlantik-Charta, die der Gründungskunde der Vereinten Nationen als Vorlage diente. Diesem Entwurf allen Ernstes den Nationalsozialismus als einen »Verteidiger [...] der Völker und Kulturen« gegenüberstellen zu wollen, jenes NS-Regime, das zum Zeitpunkt der Formulierung der Atlantik-Charta noch die Brennöfen der Krematorien in den Vernichtungslagern befeuerte, ist an mutwilliger Dumm dreistigkeit kaum zu überbieten. Angesichts solcher Thesen scheint es ungeheuerlich, dass Tilitzki Eingang in den Lehrbetrieb der FU gefunden hat.

Worin zeichnet sich nun die Eingangs erwähnte Diskursstrategie aus und was verbirgt sich hinter dem Begriff

---

## WAS DIE »NEUE RECHTE« DAMIT VON NPD UND FREIEN KAMERADSCHAFTEN UNTERSCHIEDET IST NEBEN IHREM INTELLEKTUELLEN HABITUS EIN BEKENNTNIS ZUM GRUNDGESETZ

---

der »Neuen Rechten«? Um dies herauszufinden, lohnt es sich, zunächst die zu fragen, die sich selbst dieses Label geben. Als zentrale Institutionen der »Neuen Rechten« lassen sich die Wochenzeitung »Junge Freiheit« und das private »Institut für Staatspolitik« (IfS) eine Art neurechter think-tank ausmachen. In den Publikationen des IfS wird stets betont, dass es keine einheitliche Neue Rechte gäbe,<sup>26</sup> sondern es sich um ein sehr heterogenes Feld von unterschiedlichen rechten Strömungen (christlich-konservativ über national-liberal bis völkisch) handele.<sup>27</sup> Laut IfS werden u.a. als Ziele, »die

25 [www.feri.org/common/news/details.cfm?QID=2089&clidentid=11005](http://www.feri.org/common/news/details.cfm?QID=2089&clidentid=11005)

26 Institut für Staatspolitik, Die »Neue Rechte« – Sinn und Grenze eines Begriffs, Wissenschaftliche Reihe – Heft 5, Albersroda, 2003, S. 26

27 Ebd., S. 27.

28 Ebd., S. 26.

29 Vgl. Stöss, Richard: Die »neue Rechte« in der Bundesrepublik, [www.extremismus.com/texte/neuerechte.htm](http://www.extremismus.com/texte/neuerechte.htm),

»Auschwitzkeule« ihrer Wirksamkeit zu berauben« und »dem Verdikt ›rechts‹ etwas von seiner Schärfe zu nehmen« genannt<sup>28</sup>. Allerdings ziehen die IfS-Autor\_innen eine negative Bilanz ihrer Bemühungen, da die ursprüngliche Selbstbezeichnung mittlerweile zum politischen Kampfbegriff gegen die »Neue Rechte« geworden sei.

Zu welchen Ergebnissen kommt nun die Rechtsextremismusforschung, die das Phänomen der »Neuen Rechten« seit Jahren beobachtet? Sie nennt folgende Grundüberzeugungen, die als charakteristische Merkmale angesehen werden können: Ablehnung von Liberalismus, Universalismus, Parlamentarismus und Pluralismus, das Setzen auf gemeinschaftstiftende Werte und eine starke Elite sowie die Vorstellung einer völkischen Identität, die es zu wahren gelte. Nation und Volk werden jeweils als homogene Einheiten vorgestellt, die sich von Anderen wesensmäßig und kulturell unterscheiden. Die Bewahrung der Eigenheiten ist daher unbedingt geboten und z.B. im Falle Deutschlands gegen die vermeintlich erfolgte »Amerikanisierung« der westdeutschen Kultur nach 1945 zu schützen bzw. wiederherzustellen. Während also innenpolitisch vor drohender »Überfremdung« gewarnt wird, kann außenpolitisch um Toleranz für angeblich »kulturelle Eigenheiten« (z.B. für den Schleierzwang im Iran) geworben werden.<sup>29</sup>

Daneben spielen, wie erwähnt, die Revision der Geschichte des Nationalsozialismus und die ständige Forderung nach einem »Schlussstrich« eine wichtige Rolle. Was die »Neue Rechte« damit von der NPD und Freien Kameradschaften unterscheidet ist neben ihrem intellektuellen Habitus ein Bekenntnis zum Grundgesetz. Sie wähen dieses durch eine linksliberale Wende im Gefolge der 68er-Bewegung entstellt und imaginieren eine damit

verbundene »Umgründung« der BRD<sup>30</sup>, die zurückgenommen werden müsse. Diese »Umgründung« soll aus Sicht der Rechten dazu geführt haben, dass »das Bekenntnis zum Nationalstaat [...] oder zur Notwendigkeit der Elite als tendenziell verfassungsfeindlich beschrieben«<sup>31</sup> wird. Über ihre verschiedenen Publikationsorgane bemühen sich die neurechten Autor\_innen ihre Positionen immer wieder im öffentlichen Diskurs zu platzieren und als harmlos zu inszenieren, um auf diese Weise salonfähig und anschlussfähig an die politische Mitte zu werden.

---

## WAS HERUNTERGESPIELT WERDEN SOLL, IST DIE EINZIGARTIGKEIT DER SHOAH, DIE ER IMMER WIEDER MIT ANDEREN VERBRECHEN ZU VERGLEICHEN SUCHT

---

Legt mensch diese Charakterisierung der »Neuen Rechten« zu Grunde, so ist schnell zu sehen, dass Christian Tilitzki diesem Feld zuzuordnen ist. Seine Seminarauftitte und seine Dissertation sprechen hier die selbe Sprache: Was heruntergespielt werden soll, ist die Einzigartigkeit der Shoah, die er – wie die gesamte Neue Rechte – immer wieder mit anderen Verbrechen (bevorzugt derer der Alliierten) zu vergleichen und in Bezug zu setzen sucht. Wer bei den Überlegungen Carl Schmitts nicht an den Nationalsozialismus denken mag, sondern lieber an die Kriegsgefangenenlager der Alliierten, wer bei Vernichtung von »Feinden« lieber an die Bol-

<sup>30</sup> Institut für Staatspolitik, a.a.O., S. 31. Das Bekenntnis zum Grundgesetz sieht dann auch so aus: »Schon ein oberflächlicher Blick in das Grundgesetz belehrt darüber, daß dort als Souverän ein »deutsches Volk« behauptet wird (und keine »Gesellschaft«), daß dieses keineswegs als eine Menge von irgendwelchen Einzelnen, sondern als eine konkrete, geschichtlich gewordene Gemeinschaft gedacht ist, die ihren Bürgern Rechte verleiht, und es wäre wohl keinem der Verfassungsväter (nicht einmal unter den Sozialdemokraten) in den Sinn gekommen, den Begriff der politischen und rechtlichen Gleichheit so weit zu dehnen, daß die Differenzen zwischen Gruppen oder Einzelnen als solche bestritten worden wären.« (Ebd.)

<sup>31</sup> Ebd.

schewiki erinnert, als an das Deutsche Wüten, der will den Nationalsozialismus eben bewusst nicht erinnern.

Noch eine Strategie teilt Tilitzki mit der Neuen Rechten: Seine Differenzierung von Positionen verfolgt einen einfachen Zweck: Die Neue Rechte hat gelernt, dass sich ein positiver Bezug auf den Nationalsozialismus verbietet. Ihre Vertreter sind daher stets darauf bedacht, all jene, die an der »Nationalen Revolution« eifrig mit halfen, vor allem all die Rechten Intellektuellen vom Schlage eben eines Carl Schmitts oder Martin Heideggers, diskursiv vom NS zu lösen. Das völkisch-reaktionäre Gedankengut soll vom Makel des Nationalsozialismus reingewaschen werden. Die Tatsache, dass die genannten Philosophen den Biologismus ablehnten und ihren Antisemitismus und Rassismus lieber kulturell begründeten (Biologie als fundamentale Erklärungsebene macht schließlich Philosophie überflüssig) kann dann als Beleg fungieren, dass es eben keine Nazis waren. Die Verbrechen des Nationalsozialismus werden somit, wenn schon nicht mehr relativierbar, einer kleinen Nazislique um Hitler und seine Getreuen zugeschlagen.

Neben dem Revisionismus ist es Tilitzki auch um den Inhalt bei Carl Schmitt zu tun: Die Schmitt'sche Idee eines »Pluriversums« als Gegenentwurf zum liberalen Universalismus ist ein Vorläufer des Ethnopluralismus. Zwar gibt Tilitzki auf Nachfrage im erwähnten Seminar zu, dass die Idee einer homogenen Nation vielleicht nicht ganz haltbar ist, doch diese »kritische Distanz« scheint dann doch eher bloßer Gestus zu sein. Dieser kritisch-neutrale Gestus macht es auch schwer, ihn zu fassen, schließlich sei das doch nur die Auffassung von Carl Schmitt. Doch unter der Hand versucht Tilitzki dieses pluriversalistische Konzept der genuin unterschiedlichen, jedoch in sich ethnisch »reinen« Völker dieser Erde dennoch als akzeptable wissenschaftliche Position einzuführen. Tilitzki ist also ein guter Kenner neurechter Diskursstrategien – und als deren Verfechter hat er an der Universität tatsächlich nichts verloren.

Diesmal ist es dem Engagement einiger Weniger zu verdanken, dass Tilitzki's rechtsextreme Haltung bekannt wurde und er nicht mehr am OSI lehren darf. Wichtig ist jedoch die Aufmerksamkeit und Bereitschaft aller Studierenden und Universitätsangehörigen, sich kritisch mit Seminarinhalten und Dozierenden auseinander zu setzen, die Augen und Ohren offen zu halten sowie sich kollektiv und entschlossen der Etablierung (neu-)rechter Positionen entgegen zu stellen.

# Der Präsident denkt, Gott lenkt.

DIETER LENZEN  
IM FAHRWASSER  
DES KREATIONISMUS

*Text: Sebastian Schneider  
Illustration: Kai Kampmann*



### Ein Kommentar des Präsidenten

Dieter Lenzen im Tagesspiegel sorgt seit einigen Wochen für Trubel an der FU Berlin. Unter dem Titel »Die Religion kennt mehr als vernünftige Gründe« unterstützte Lenzen die Initiative »Pro Reli«. Mit folgenden Worten sprach er sich für die Wiedereinführung von Religion als Wahlpflichtfach an Berliner Schulen aus:

»Ich weiß nicht, ob es Gott gibt. Niemand weiß das. Aber ich weiß, dass die Welt um mich herum vom kleinsten Molekül bis zur Mechanik der Planeten eine intelligente Konstruktion ist, die für manchen die Frage aufwirft: Wer hat sich das ausgedacht, wem gehört es? [...] Ein guter Religionsunterricht wird diesen Gott nicht als Person zeichnen, sondern vielleicht als eine Art wirkendes Prinzip.«

Das Studierendenparlament der Freien Universität warf Lenzen daraufhin Nähe zur neo-creationistischen Intelligent-Design-Bewegung vor.

Diese Bewegung entstand nach dem Verbot des Kreationismus als einer der Evolutionstheorie gleichgestellten Lehre an Schulen in einigen US-Bundesstaaten. Als vermeintlich wissenschaftlicher Arm der christlichen Schöpfungslehre sollte sie das richterliche Verbot unterlaufen und die Platzierung der bibelfrommen Inhalte an Schulen und Hochschulen sicherstellen.

Wegen Amtsverfehlung forderte das Studierendenparlament den Präsidenten einstimmig zum Rücktritt und den Akademischen Senat (AS) zur Distanzierung auf.

Dort jedoch wurde ein entsprechender Antrag kommentarlos von der Tagesordnung genommen. Auf Nachfrage ließ die Sitzungsleitung wissen, es sei »keine Zuständigkeit des Akademischen Senats gegeben«. Auf der Sitzung selbst schlossen sich die anwesenden ProfessorInnen dieser Auffassung an: Dieter Lenzen habe seine Privatmeinung geäußert. Der Schlusssatz »Der Autor ist Präsident der Freien Universität Berlin« sei ein redaktioneller Einschub des Tagesspiegel, auf den Lenzen keinen Einfluss

habe. Der AS übe daher Zensur gegen eine Privatmeinung aus, wenn er sich distanzieren. Ebenso falle, sich vom Intelligent-Design als Pseudowissenschaft zu distanzieren, nicht unter die satzungsmäßig festgehaltene Zuständigkeit für allgemeine Fragen der Forschung. Der Antrag könne daher aus rechtlichen Gründen nicht behandelt werden.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Standpunkten des Universitäts-Präsidenten wurde so verhindert. Lenzen selbst bekräftigte in einem Abschlussstatement derweil seine Ansichten: die Evolutionstheorie biete keine hinreichende Erklärung für die Artenentwicklung. Bestimmte, hier wiederkehrende Muster ließen stattdessen den Schluss auf eine intelligente Konstruktion zu.

Der Vorsitzende der AG Evolutionsbiologie im deutschen Biologenverband, Prof. U. Kutschera, kommentierte die Aussagen wie folgt: »Basiswissen zur Wissenschaftsdisziplin Evolutionsbiologie, die weit über das Thesensystem von Charles Darwin hinausgeht, scheint nicht vorhanden zu sein. Die Evolution der Organismen basiert auf Überproduktion an Nachkommen, Massenaussterben, Adaptation und Kooperationen. Intelligente Pläne oder Design konnten die forschenden Biologen in 150 Jahren nicht entdecken, das blieb immer der Phantasie gewisser Theologen vorbehalten. Der Biologieunterricht sollte verbessert werden, um solche öffentlich geäußerten Fehl-Interpretationen der Natur in Zukunft zu vermeiden.« Kutschera ist Autor des aktuellen Buchs »Tatsache Evolution« dtv 2009, in dem u.a. das Design-Argument widerlegt wird.

Es stünde dem Universitätspräsidenten Lenzen gut an, zur Verteidigung der Wissenschaften vor den Klerikalen zurückzukehren.

Die Natur steckt voller Wunder. Was Gott damit zu tun hat, bleibt jedoch weiterhin ungeklärt

Tagesspiegel-Kommentar:  
[www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Dieter-Lenzen-Religion-Pro-Reli;art141,2780991](http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/Dieter-Lenzen-Religion-Pro-Reli;art141,2780991)

### RESOLUTION DES STUDIERENDEN-PARLAMENTS VOM 29.04.2009

Das Studierendenparlament der FU Berlin fordert den Rücktritt Dieter Lenzens als Universitäts-Präsident. In einem Kommentar der Zeitung Tagesspiegel vom 24.04.2009 mit dem Titel »Religion kennt mehr als vernünftige Gründe« äußert sich Dieter Lenzen wie folgt: »[...] ich weiß, dass die Welt um mich herum vom kleinsten Molekül bis zur Mechanik der Planeten eine intelligente Konstruktion ist, die für manchen die Frage aufwirft: Wer hat sich das ausgedacht, wem gehört es?«

Das Studierendenparlament stellt fest: Dieter Lenzen hat sich mit seinen Aussagen selbst in die Nähe des Neo-Kreationismus gerückt- eine Bewegung, welche die biologische Evolutionstheorie anzweifelt. Die Universität ist ein Ort der Wissenschaft und nicht des Glaubens. Ein Universitätspräsident, der sich durch seine öffentlichen Äußerungen in die Nähe des Neo-Kreationismus rückt und damit (indirekt) den Stand der biologischen Forschung religiös anzweifelt, hat sein Amt verfehlt. Das Studierendenparlament bittet den Akademischen Senat daher, sich von den Äußerungen Dieter Lenzens zu distanzieren und fordert den Universitäts-Präsidenten auf, zurück zu treten.

# FUCK RELIGION FIGHT AUTHORITY

## ZUR MORALISCHEN ERZIEHUNG IN DER SCHULE

*Text: Brian XIV 2.0*

*Illustration: Lilli*

DER PRÄSIDENT DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN NIMMT IN SEINEM GASTKOMMENTAR »DIE RELIGION KENNT MEHR ALS VERNÜNFTIGE GRÜNDE« IM BERLINER TAGESSPIEGEL STELLUNG ZUM VOLKSENTSCHEID »PRO RELI«, DER AM 26. APRIL 2009 DAS GEMEINE WAHLVOLK DARÜBER ABSTIMMEN LIESS, WELCHE DIE BESSERE ALTERNATIVE DER MORALISCHEN ERZIEHUNG DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER SEIN SOLL.



### **Interessant an der Debatte**

um diesen Volksentscheid ist zunächst einmal, dass alle Parteien wie selbstverständlich davon ausgehen, dass das zukünftige Staatsvolk eine solche moralische Erziehung nötig hat. Verwunderlich ist dies allerdings nicht, denn die gesellschaftlichen Verhältnisse, denen die Menschen ausgesetzt sind, und die die Gründe für ihr individuelles *Fehl*verhalten liefern, werden von Befürwortern wie Gegnern des Volksentscheids als unumstößlich angesehen.

Bevor aber nach einer regelnden Instanz für das gesellschaftliche *Miteinander* gesucht wird – die sich jenseits der Praxis von Polizei und Justiz als Selbsteinschränkung in das Schüler\_innen-Hirn implantieren lässt und einmal ins Gefühl eingehaucht fortan als Gewissen dem moralisch agitierten Staatsvolk allerlei Kopfzerbrechen bereitet – sollten die Rahmenbedingungen, die neben dem Gesetz eine Selbstregulierung nötig machen, nicht außer Acht gelassen werden.

Welche Form der Vergesellschaftung macht es denn überhaupt nötig, dass die Leute sich jenseits ihrer materiellen Interessen einen guten Grund für ihr Verhalten zusammenschustern müssen? Wenn das gefordert wird, dann ist eines ja schon mal klar: Die Verwirklichung ihrer materiellen Interessen ist nicht Ausgangspunkt und Zweck des gesamtgesellschaftlichen Gebildes, das sich Staat nennt, denn dann wüsste jede\_r warum sich eine Teilnahme daran lohnt und ein Ausscheren daraus würde den eigenen Nutzen torpedieren.

Gerade die Parteien, die sich (auf welcher Seite auch immer) stark machen für eine moralische Volkserziehung, sind für die Durchsetzung eines Produktionszwecks verantwortlich, der sein Erfüllung in der Vermehrung abstrakten Reichtums (Geld) hat. Ein Reichtum, dessen Qualität gerade darin besteht, *exklusives* Verfügungsrecht über den sachlichen Reichtum – den es *nebenbei* als *Mittel* für die Realisierung des Geldreichtums auch noch gibt – zu gewährleisten. Ein Reichtum, dessen Qualität

darin besteht, die Menschen, die nicht über die entsprechende Geldsumme verfügen, vom materiellen Reichtum auszuschließen und zwingt, für die Bereicherung Anderer ihre Lebenszeit zu verschwenden.

Durch die politische Praxis der Moralwachteln aller Parteien wird dieser Produktionszweck ins Leben gerufen und durch ihre permanenten Reformen erhalten und verschärft. Genau dieser Produktionszweck treibt die Menschen in einen *eigentümlichen* Gegensatz und verhindert jeden positiven Bezug aufeinander.

Es ist schließlich auch kein Geheimnis, dass die Mehrheit der Menschen, die der Konkurrenz unterworfen sind, von diesem Verhältnis des Gegeneinanders nicht profitieren, sondern durch den Zwang, ihre Arbeitskraft verkaufen zu müssen (wenn es ihnen überhaupt gelingt), nicht nur sich selbst, sondern auch permanent ihre Schädigung reproduzieren. Erst auf der Grundlage eines solchen Gesellschaftsverhältnis wird eine Erziehung zur Moralität notwendig, zumindest für diejenigen, die an diesem Verhältnis nichts ändern wollen.

Der Präsident der FU, der seit seiner Amtszeit für die Verschlechterung der Studienbedingungen an dieser Universität sorgt und durch die Verschärfung der Konkurrenz ein *Miteinander* des Lernens und Erforschens hintertreibt, muss ein Interesse an einem Bewusstsein haben, das nicht die schlechten Bedingungen angeht, sondern sich einen ideellen Lohn in einer Sinnhaftigkeit des großen Ganzen zurechtlegt, getrennt von der Frage wie Mensch darin vorkommt.

Bezeichnend ist es allerdings schon, dass der Präsident eines *Wissenschaftsbetriebs* ausgerechnet auf Gott kommt. Letztendlich ist diese Technik der Unterwerfung die geistloseste. Sie einfach mit den gegebenen Verhältnis arrangieren, weil ein mächtiges, intelligentes Wesen hinter all dem stecken soll, das *ist* Religion, das Opium des Volks.



# Schicht im Schacht

## LANGZEITSTUDIUM IN MAGISTER, DIPLOM UND LEHRAMT STEHT VOR DEM AUS

*Text: Hochschulberatung des AStA FU*

**Zehn Jahre** nach der inzwischen legendären Bologna-Erklärung steht das Auslaufen der Magister-, Diplom- und Staatsexamensstudiengänge nun auf der Tagesordnung. Vor allem für Langzeitstudierende ist dieser Prozess mit vielen Unsicherheiten verbunden. Während es in der Vergangenheit noch relativ problemlos möglich war, ein Studium aufgrund von Kindererziehung, Lohnarbeit oder anderen Gründen zu unterbrechen und zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufzunehmen, ist diese Praxis heute fast unmöglich. Wer jetzt sein Studium unterbricht, ist damit konfrontiert, dass der jeweilige Studiengang schon in ein oder zwei Jahren nicht mehr existieren wird. Auch wenn zumindest für Diplom- und Magister-Studierende der Prüfungsanspruch grundsätzlich bestehen bleibt, so werden in naher Zukunft keine Veranstaltungen mehr für die Anforderungen dieser Studienordnungen angebo-

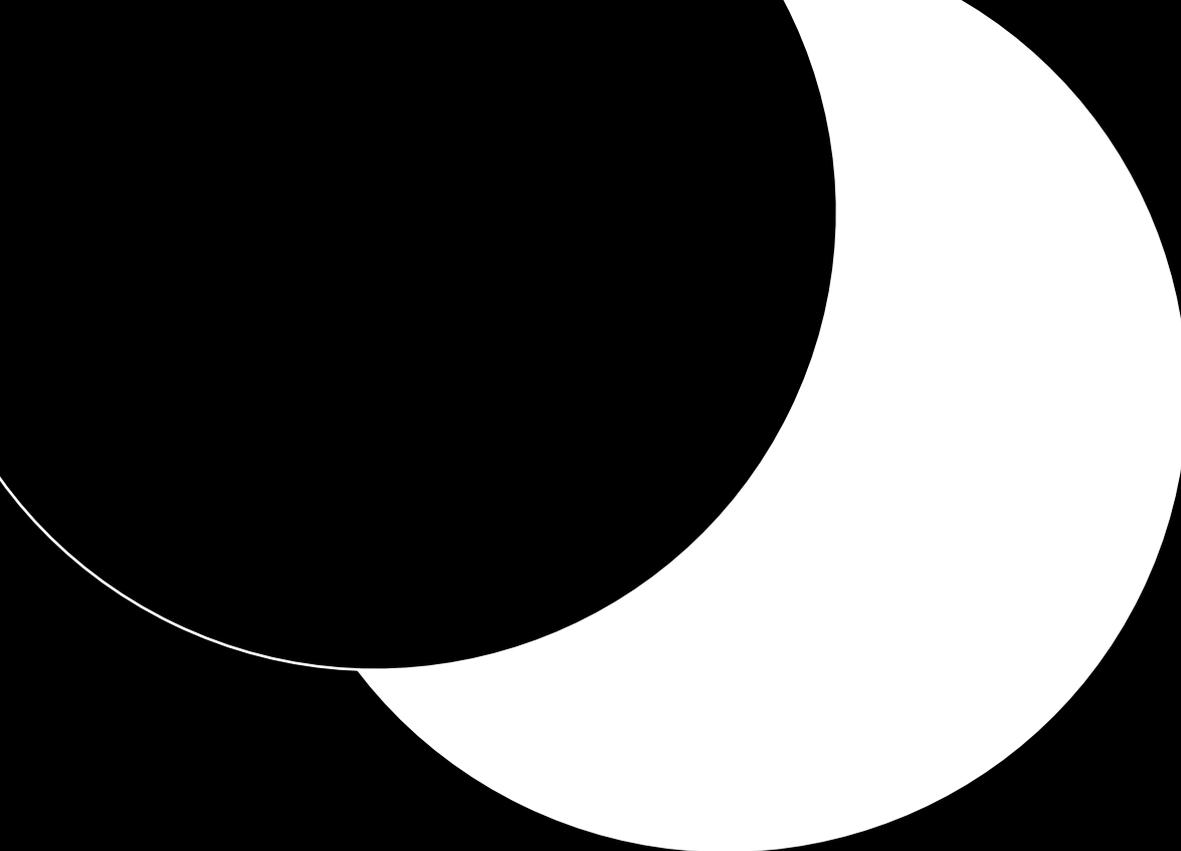
ten. Übergangsfristen und Einzelfallregelungen sind noch nicht restlos geklärt – mit Ausnahme der Lehramtsstudiengänge, dort jedoch zu Ungunsten der Studierenden.

### LEHRAMT: SCHON 2010 SCHLIESST DAS LANDESPRÜFUNGSAMT

Insbesondere für die Lehramtsstudierenden gibt es ein Problem: Das Landesprüfungsamt Berlin, zuständig für alle Staatsexamens-Prüfungen, schließt im Jahr 2010. Die Fachbereiche der FU verschicken bereits Informationsbriefe und weisen in Veranstaltungen darauf hin: Wer sich nicht bis zum 1. September 2010 zum Staatsexamen angemeldet hat, wird die Prüfung nicht mehr ablegen können. Nachfragen des AStA beim Landesprüfungsamt ergaben, dass dies in der Tat eine Ausschlussfrist ist. Sie ist in der Neufassung des Lehrerbildungsgesetzes festgelegt, eine rechtliche Anfechtung erscheint wenig

### Bologna-Erklärung

1999 unterzeichneten 29 europäische Bildungsminister im italienischen Bologna eine Erklärung zur Vereinheitlichung des Hochschulwesens bis 2010 (Hauptziele: Förderung von Mobilität, internationaler Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit) und brockten uns damit Bachelor- und Masterstudiengänge ein.



aussichtsreich. Exmatrikuliert werden langzeitstudierende Lehramtskandidaten und Kandidatinnen dennoch nicht: Eine Umschreibung auf die BA/MA-Studiengänge ist generell möglich. Hier drohen jedoch weitere Studienzeitverlängerungen, denn ob bei der Einstufung für den BA alle Leistungen anerkannt werden, ist unklar und unterliegt häufig willkürlichen Entscheidungen einzelner Dozierender. Erfahrungen zeigen, dass es bei Anerkennungen und Umschreibungen stets Reibungsverluste gibt, sprich: Veranstaltungen und Prüfungen müssen nachgeholt werden. Gerade für Studierende im fortgeschrittenen Hauptstudium ist es wahrscheinlich, auf diese Weise ins 5. oder 6. Semester im BA zurückgestuft zu werden – In den Master-Studiengang können sie schließlich ohne BA-Abschluss nicht aufgenommen werden. Deshalb bleibt nur die Möglichkeit des Einstiegs in die letzten Bachelor-Semester. Als Lehrer\_in arbeiten kann jedoch nur, wer auch einen Master-Abschluss vorweisen kann, so dass für umgeschriebene Lehramtsstudierende der Studienabschluss in die Ferne rückt.

Für alle, denen eine Anmeldung zum Examen bis zum 1. September 2010 utopisch erscheint, kann daher eine frühzeitige Umschreibung auf den BA dennoch sinnvoll sein. Damit wird vermieden, im Hauptstudium Scheine zu machen, die dann im BA möglicherweise nicht anerkannt

werden. Für alle, die es schaffen bis 2010 die benötigten Scheine beisammen zu haben, erscheint ein Wechsel jedoch wenig ratsam. Denn erstens drohen die besagten Reibungsverluste, zweitens bedeuten die Anfertigung einer BA-Arbeit, eine Neubewerbung auf einen Masterplatz und ein ganzes Masterstudium erheblichen Zeitaufwand und Risiken, die im Staatsexamens-Studium nicht anfallen. Für Menschen, die an der Frist knapp scheitern könnten, empfiehlt es sich daher mit dem Landesprüfungsamt über Einzelfallregelungen zu verhandeln. Denn einige Mitarbeiter\_innen des Prüfungsamtes bleiben für die laufenden, vor dem 1. September 2010 angemeldeten Examenverfahren aktiv. Ein Rechtsanspruch auf Einzel- oder Härtefallregelungen besteht aber nicht! Es ist im Gegenteil damit zu rechnen, dass bei Ablauf der Frist ein erzwungener Wechsel in den BA ansteht, ganz unabhängig von persönlichen Härten.

Eine Zwangsexmatrikulation droht Langzeitstudierenden aufgrund der Schließung des Landesprüfungsamtes jedoch dennoch nicht. Exmatrikuliert werden kann lediglich aufgrund der alten Zwangsberatungs-Regelung der FU, die auch in Magister und Diplom gilt, also bei Nichterfüllung der in den Abschlussberatungen« erteilten

Auflagen – und dies auch nur, wenn bei Nichterfüllung keine anerkannten Studienverzögernden Gründe vorliegen (wie z.B. Kindererziehung).

## MAGISTER UND DIPLOM: ZWANGSBERATUNG WIE EH UND JE

Nicht nur Lehramtsstudiengänge, auch die meisten Magister- und Diplomstudiengänge wurden inzwischen vom Akademischen Senat der FU aufgehoben und laufen somit in den nächsten Jahren aus. Das genaue Datum für die Aufhebung einzelnen Fächer kann an den jeweiligen Instituten erfragt oder unter »Studien- und Prüfungsordnungen« auf der FU-Homepage eingesehen werden. Diese Aufhebungsdaten bedeuten, dass die FU ab dem genannten Zeitpunkt nicht mehr die Pflicht hat, die in den alten Studienordnungen vorgeschriebenen Veranstaltungen anzubieten.

Eine Rechtsgrundlage für Zwangsexmatrikulationen sind diese Aufhebungsdaten jedoch nicht, ebenso wenig leitet sich aus ihnen eine Pflicht zur Umschreibung auf den Bachelor-Studiengang ab. Der Prüfungsanspruch der Studierenden besteht auch über die Aufhebung der Studiengänge hinaus fort, selbst dann, wenn der/die betreffende Prüfling nicht mehr immatrikuliert ist. Allerdings endet er dann, wenn an der FU keine Prüfer\_innen mehr vorhanden sind. Angesichts der Tatsache, dass noch immer keine Hochschulverträge für den Zeitraum ab 1. Januar 2010

existieren, dass allerdings mit massiven Kürzungen und auch mit Institutsabwicklungen zu rechnen ist, bestehen hier jedoch erhebliche Unsicherheiten. Außerdem wies das Rechtsamt der FU auf eine Anfrage des AStA FU darauf hin, dass ein Prüfungsanspruch nicht »grenzenlos« fortbesteht. Es bemerkt auch, dass zwar kein Anspruch mehr auf die in den jeweiligen Studienordnungen vorgesehenen Veranstaltungen besteht und es sich deshalb für Studierende empfiehlt, bis zu den Aufhebungsdaten alle Scheine erworben zu haben. Gleichzeitig sollen jedoch die Fachbereiche für Übergangsregelungen sorgen. Dies soll vorwiegend geschehen, indem Veranstaltungen der BA/MA-Studierenden für Studierende der alten Studiengängen geöffnet werden, wobei jedoch BA/MA-Studierende laut Allgemeiner Satzung für Studienangelegenheiten im Falle platzzahlbeschränkter Veranstaltungen bevorzugt aufgenommen werden. Des Weiteren ist auch hier, wie im Lehramt, im Einzelfall mit Anrechnungsschwierigkeiten zu rechnen.

Für Studierende in Magister- oder Diplom-Studiengängen gibt es kein externes Prüfungsamt, das schließen könnte. Für die Disziplinierung der Langzeitstudierenden setzt die FU daher vor allem auf die klassische, seit 2002 geltende Regelung zur Zwangsberatung und Zwangsexmatrikulation. Offiziell dient diese dazu, Studierende mittels Beratungsgesprächen beim Abschluss zu unterstützen, faktisch jedoch bietet sie der Universität durch Auflagen und Exmatrikulationsdrohung ein Druckinstrument, das Studienabbrüche und biographische Tragödien Einzelner bewusst in Kauf nimmt. Dennoch gestaltet sich die Situation für Langzeitstudierende hier besser als im Lehramt, da trotz Aufhebungsbeschlüssen keine generelle »Deadline« für die Magister- und Diplomstudiengänge besteht.

Zwar versuchen die Fachbereiche, Druck auf die Langzeitstudierenden auszuüben, aber im Gegensatz zum Lehramtsstudium gibt es hier keinen gesetzlich sanktionier-

# Schicht im Schacht

ten Zwangswechsel in den Bachelor. Dementsprechend soll die Möglichkeit bestehen, statt der vorgeschriebenen Master- bzw. Diplomveranstaltungen Lehrveranstaltungen des Bachelor oder Master ersatzweise zu besuchen und so das Studium abzuschließen. Diese Option stellt die FU in ihrer Informations- und Beratungspolitik jedoch nicht in den Vordergrund. Sie versucht stattdessen mittels zunehmend rigorosere Zwangsberatungen den Studierenden Druck zu machen. Des Öfteren ist in letzter Zeit zu hören, dass mit Blick auf die Aufhebungsbeschlüsse härtere Auflagen durchgedrückt werden sollen. Dies ist rechtlich fragwürdig und Betroffene sollten sich unbedingt in der Hochschulberatung des AstA FU melden!

Obwohl es also keine Generalklausel zur Exmatrikulation gibt, sollten Langzeitstudierende in Master- und Diplom-Studiengängen Augen und Ohren offen halten und auf Ankündigungen zu Übergangsfristen etc. nach Auslaufen ihres Studienganges achten. Denn vieles wird hier nicht zentral, sondern auf Fachbereichsebene geregelt. Das meint jedoch nicht, dass man sich allem beugen muss, was der Fachbereich in Infobriefen, Infoveranstaltungen, Beratungen etc. ankündigt. Es ist leider mehr als einmal vorgekommen, dass ohne gesicherte Rechtsgrundlage haltlose Ankündigungen im Stile einer Drohung gemacht wurden. Ohne Rechtsgrundlage jedoch darf keine Zwangsexmatrikulation erfolgen. Bei allen derartigen Briefen oder Beratungsankündigungen macht es daher unbedingt Sinn, sich unabhängig beraten zu lassen. Also entweder bei der Hochschulberatung des AstA FU oder bei der studentischen Studienberatungen der Fachbereiche.

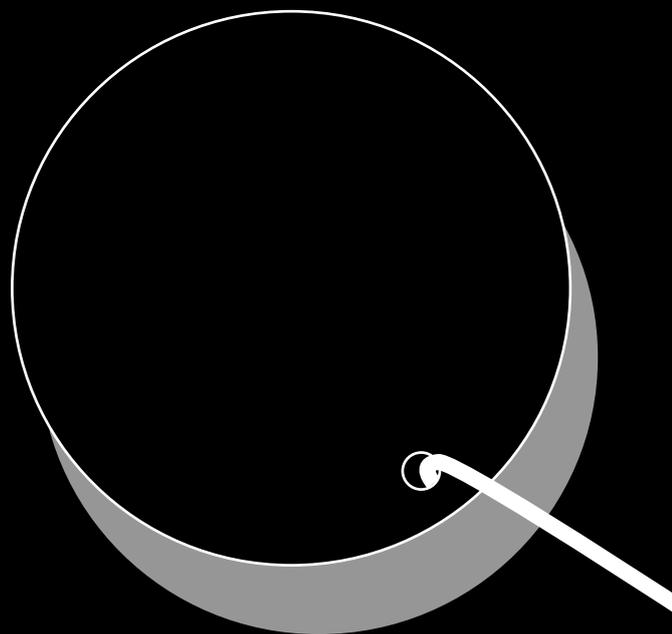
#### FAZIT

Für Lehramtsstudierende existiert eine Ausschlussfrist zur Examensanmeldung. Für alle anderen gilt zunächst nur die klassische Zwangsexmatrikulations-Regelung, ohne feste zeitliche Begrenzung. Nach Wegfall des Lehrangebotes der alten Studiengänge sollen auf Fachbereichsebene Übergangslösungen gefunden werden. Dies kann sich jedoch ändern, da laut Rechtsamt der FU ein

Prüfungsanspruch nicht »grenzenlos« gewährleistet werden soll. Daher gilt für alle Langzeitstudierenden : Augen und Ohren offen halten, aber bei schlechten Nachrichten nicht gleich aufgeben, sondern sich über Rechtsgrundlagen und genauen Abläufe informieren. Bei Unkorrektheiten oder Fragen steht der AstA stets als Ansprechpartner zur Verfügung.

*Weitere Informationen zum Thema findet ihr im Leitfaden Zwangsberatung des AstA FU. Außerdem steht euch die Hochschulberatung des AstA FU mit Rat und Tat zur Seite.*

*Sprechzeiten: Dienstags, 11.00 – 16.00 Uhr,  
ab Juli auch Freitags, 11.00 – 16 Uhr  
E-Mail: hochschule@astafu.de*





*Seit ein paar Monaten verschönert das Gelände der FU in Dahlem ein gläsernes Campushotel - auch »Dahlem-Cube« genannt. Die Uni ließ sich die Absteige, die getreu dem Motto »Tagen und Schlafen« auch Räume für Tagungen und Seminare bietet, von einem privaten Investor bauen. Wenn es nach einem anstrengenden Uni-Tag mal wieder spät geworden ist und der weg nach Haus zu lang scheint, laden im Seminaris Doppelzimmer ab 115,- Euro, dazu ein die Nacht in Dahlem zu verbringen. Weitere Konditionen und Specials (Berlin auf zwei Rädern, Dirty Dancing) findet du auf [www.seminaris.de/berlin](http://www.seminaris.de/berlin).*

# Die Glaslaube



## EIN NEUES CAMPUSHOTEL SOLL INTERNATIONALES FLAIR INS DAHLEMER DORF BRINGEN

*Felix Koch und Sebastian Schneider machen den ultimativen Elite-Check*

*Fotos: Björn Kietzmann*

**Als der Chauffeur** in die Takustraße einbiegt, reiben wir uns verwundert die Augen, stauben die Jacketärmel ab und lassen uns einen Cognac reichen. Wir haben extra unsere Gummistiefel eingepackt, um zwischen den Vorlesungen über den alten Fest- und Zirkuszeltplatz Dahlems zu bummeln. Die dörfliche Idylle des »deutschen Oxford im Grünen« (D. Lenzen) ist einem urbanen Vorboten aus Stahl und Glas gewichen. »Seminaris« prangt in schlichten Lettern, wo man früher beim bunten Treiben des Viehmarktes die Seele baumeln ließ. Wir beginnen zu recherchieren.

Gerade mal 38 Millionen Euro für die Umsetzung des Entwurfs eines vermeintlichen Star-Architekten. Einen Fonds braucht es dafür, die Uni stellt das Grundstück. Ein Vier-

Sterne-Campus-Hotel mit 48 Angestellten, 372 Betten und 2600 qm Konferenzfläche im angegliederten Veranstaltungszentrum »The Dahlem Cube« um, wie FU-Präsident Lenzen meint, »Wissenschaft und Wohnen wieder mehr miteinander zu verbinden«.

Mit über 300 Menschen zusammen wohnen? Scheint eher Masse statt Klasse, doch komfortabler als ein Studentenwohnheim würde es schon werden, denken wir und entscheiden uns für eine Probeübernachtung. Wir schreiten durch den Haupteingang und stehen vor einem toten Ende aus unverputztem Beton. Gepäckrollis parken im Raum. Um zur Rezeption zu kommen, müssen wir Treppen steigen. Oben schwirrt Personal umher, als seien wir in der Küche gelandet. Es gebe drei Stufen à 155 cm, sagt ein Mann mit Anzug von der Stange. In



## DIE RÄUME SIND ZWAR ZU KLEIN UM VERNÜNFTIG ZU PUTTEN, ABER IMMERHIN IST DER ETAGENFLUR MENSCHENLEER.

der Auslage hinter ihm liegen Boulevard-Zeitungen. »Wir nähmen dann alle drei.«

Während sich der Chauffeur ums Gepäck kümmert, wird uns der Verschlussmechanismus mit einer schönen Plastikkarte erklärt. Als sich die Tür öffnet, fallen wir beinahe aus den Valentino-Puschen. »Die Suite« erinnern wir höflich, doch die Enttäuschung scheint im Preis inbegriffen. In allen dreien derselbe Anblick: Zwei Zimmer und ein Bad teilen sich rund 30 m<sup>2</sup>, die Einrichtung so stilsicher wie im »Motel One«. Die Kochnische bietet

einen 2007er Dornfelder an Salzstangen und verfügt auch über eine Mikrowelle. Hier soll sich der ermüdete Leistungsträger wohl nachts eine Asia Box aufwärmen. Die Räume sind zwar zu klein um vernünftig zu putten, aber immerhin ist der Etagenflur menschenleer. Danach ist Zeit für die Hotelbar.

Die nennt sich »Faculty Club« und ist mit Gips-Repliken antiker Büsten verziert. In der Mitte des Raumes steht ein elektronischer Flügel. Auf den Teppich, in geschmacksneutralem blau-violett, ist das Motto von Se-



ELITE SCHREIBT SICH MIT FÜNF  
BUCHSTABEN. SO VIELE STERNE  
SOLLTE SO EIN HOTEL SCHON HABEN.

minaris in unendlicher Wiederholung gedruckt: »Es sind die Begegnungen mit Menschen, die das Leben lebenswert machen.« Esoterik meets Ikea meets S-Bahn-Polster. Menschen begegnen wir nicht – trotz bevölkerungswirksamer Happy Hour. Bei zwei Martini zum Preis von einem lassen wir das Geschäftskonzept von Seminaris auf uns wirken: Wohnen, Arbeiten, Feierabend-Getränk, Restaurant, die Ausstellung »Dahlems Helle Köpfe« und sogar eine Zweigstelle der Post treffen hier aufeinander. Gäbe es noch einen Supermarkt, wäre es konzeptionell nicht zu unterscheiden vom gesamtintegrativen Ansatz eines sozialistischen Plattenbaukomplexes. Darüber können

auch die unfunktionalen Metallstreben im Innenhof nicht hinwegtäuschen, an denen dürre Rankpflanzen vor grauen Bastsesseln aufstreben.

Am nächsten Morgen weckt uns das Geräusch eines Staubsaugers vom Nebenzimmer. Auf dem Flur ist die Luft stickig und schwül, die knallende Sonne verwandelt die Glaslaube ins Treibhaus. Beim Auschecken fragen wir nur mehr spaßeshalber nach ausleihbaren Manschettenknöpfen, denn das Urteil ist längst gefällt: Elite schreibt sich mit fünf Buchstaben. Und so viele Sterne sollte ein Hotel schon haben.

# Im Internet

ASTA-HOMEPAGE  
[www.astafu.de](http://www.astafu.de)

ASTA-BLOG  
[blog.astafu.de](http://blog.astafu.de)

KURZINFOS  
[twitter.com/astafu](https://twitter.com/astafu)

FACHSCHAFTSINITIATIVEN  
[fachschaftsinitiativen.de.vu](http://fachschaftsinitiativen.de.vu)

BERLINER BÜNDNIS FÜR FREIE BILDUNG  
[www.freie-bildung-berlin.de](http://www.freie-bildung-berlin.de)

AKTIONSBÜNDNIS GEGEN STUDIENGEBÜHREN  
[www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de)

BÜNDNIS FÜR POLITIK- UND MEINUNGSFREIHEIT  
[www.studis.de/pm](http://www.studis.de/pm)

# Beratungen:

SOWEIT NICHT ANDERS ANGEZEIGT, FINDEN ALLE BERATUNGEN IN DER ASTA-VILLA,  
OTTO-VON-SIMSON-STRASSE 23 (GEGENÜBER DER MENSA II IN DER SILBERLAUBE) STATT.  
AKTUELLE SPRECHZEITEN AUF [WWW.ASTAFU.DE](http://WWW.ASTAFU.DE) ODER BEIM BÜRODIENST

## INFO-BÜRO IM ASTA

Montag bis Freitag, 10.00 bis 18.00 Uhr  
außerhalb der Vorlesungszeit:  
Montag bis Donnerstag, 11.00 bis 16.00 Uhr  
Freitag, 13.00 bis 18.00 Uhr  
Telefon: (030) 839091-0  
Fax: (030) 831 45 36  
E-Mail: [info@astafu.de](mailto:info@astafu.de)

## AUSLÄNDER INNENBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-17  
E-Mail: [aref\\_fu@yahoo.de](mailto:aref_fu@yahoo.de)

## BAFÖG-BERATUNG

Telefon: (030) 839 091-12

## BERATUNG FÜR BEHINDERTE UND CHRONISCH KRANKE STUDIERENDE

Raum JK29/202, Habelschwerdter Allee 45  
Telefon: (030) 838 56 203  
E-Mail: [astabehindertenberatung@astafu.de](mailto:astabehindertenberatung@astafu.de)

## FACHSCHAFTSREFERAT

E-Mail: [fsref@astafu.de](mailto:fsref@astafu.de)

## FRAUENBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-23  
E-Mail: [frauen@astafu.de](mailto:frauen@astafu.de)

## HOCHSCHULBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-12  
E-Mail: [hochschule@astafu.de](mailto:hochschule@astafu.de)

## LESBISCH-FEMINISTISCHE INFORMATION UND SERVICE (LIS)

Telefon: (030) 839 091-23

## MEDIENWERKSTATT

Telefon: (030) 839 041-11

## RECHTSBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-0  
Keine telefonische Beratung, keine  
Mieter\_innenberatung. Vorherige  
telefonische Anmeldung im ASTA erforderlich.

## SCHWULEN-, BISEXUELLEN- UND TRANSGENDERBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-18  
Online: [www.gaycampus.de/beratung](http://www.gaycampus.de/beratung)  
E-Mail: [schwulenberatung@gaycampus.de](mailto:schwulenberatung@gaycampus.de)

## SEMESTERTICKETBÜRO

Thielallee 36 (im Keller des Capitol-Kinos)  
Telefon: (030) 839 091-40  
E-Mail: [msemtixbuero@astafu.de](mailto:msemtixbuero@astafu.de)  
Online: [www.astafu.de/semtixbuero](http://www.astafu.de/semtixbuero)

## SOZIALBERATUNG

Telefon: (030) 839 091-12

---

Und dann fragt man sich dann doch:  
Wer soll eigentlich wo rein? Rein nach wo  
und raus wohin? Rein und raus und raus wohin,  
wer soll eigentlich wo raus und rein wohin?  
Man fragt sich doch: Wer soll eigentlich wo raus?  
Raus aus wo und rein wohin?  
Raus und rein und rein und raus,  
da kennt sich heutzutage keiner mehr aus.

↳ *Die Goldenen Zitronen: Flimmern*